6. Jahrgang — Nr. 155

Donnerstag, 6. Juli 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 6802. Eisleben 302. Sprechstunden unserer Eisleben er Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen. Redaktions-Sprechstunde in Halle: vorm. von 11—12 Uhr.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis: wöchentlich 7.50 M.; monatlich 30 M. inkl. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen oder für Selbstabholer 28.00 Mk. einschließlich Nebengebühr. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 2,50 Mk., jeder Millimeterzeile und Spalte; desgleichen als Reklame im Textteile 10.— Mk. Aufgabetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens, Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Die Einzelnummer der „Volksstimme" kostet 1.50 Mark.

Die Sicherung der Brotversorgung.

Von Schmidt-Köpenick, M. d. R.

Mit 217 gegen 137 Stimmen wurde im Reichstag das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide (Getreideumlage) in dritter Lesung angenommen. Es gibt in diesem Gesetz eigentlich nur drei wichtige Fragen: Die Höhe der zu erfassenden Mengen, der Preis des Getreides und die Verteilung der Umlage auf die landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend ihrer Größe.

Das Zustandekommen des Gesetzes ist auf die politischen Ereignisse der jüngsten Tage zurückzuführen. Nur unter dem Druck der politischen Verhältnisse war es möglich, einen Getreidepreis festzusetzen, der die breite Masse der Bevölkerung vor einem unerschwinglichen Brotpreis bewahrt. In den bürgerlichen Koalitionsparteien haben die Abgeordneten, die aus der Landwirtschaft stammen, oder ihr nahestehen, alles versucht, die Höhe der Umlagemenge herabzusetzen und einen Preis für das Getreide zu erzielen, der dem freien Marktpreise bezw. den Weltmarktpreisen des Getreides möglichst nahekommt. Dem unablässigen Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu verdanken, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde. Erfreulicherweise war es möglich, in dieser wichtigen Frage gemeinsam mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion zu handeln, die alle unsere Anträge mit unterstützt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bei den Ausschußberatungen alles getan, um die Erfassung von 4½ Mill. To. Getreide zu erzielen. Jedoch haben die bürgerlichen Parteien geschlossen die Erfassung der 4½ Mill. To. abgelehnt, weil es absolut aussichtslos war, im Plenum des Reichstages die 4½ Mill. To. durchzudrücken, haben die beiden sozialdemokratischen Parteien den Antrag nicht mehr gestellt, sondern ihr Bestreben darauf gerichtet, wenigstens die 2½ Mill. To., die in der Regierungsvorlage vorgesehen waren, zu retten. Dies ist auch gelungen; denn es lagen Anträge der bürgerlichen Parteien vor, die Menge auf 2 bezw. 1½ Mill. To. herabzusetzen. Wir überließen es der kommunistischen Fraktion, den aussichtslosen Antrag, der 4½ Mill. To. erfassen wollte, nochmals im Plenum zu stellen, und mit bombastischen Reden zu begründen. Hätten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen dieses Spiel mitgemacht und bei der Abstimmung auch dafür gestimmt, dann wäre die Umlage gefallen, die freie Wirtschaft und der Wucherpreis beim Brot eingetreten.

Die wichtigste Frage ist die Preisgestaltung. Das Zentrum stellte den Antrag, nur für das erste Viertel der Getreideumlage den Preis für Roggen auf 8000 M. die To. festzusetzen, für das zweite, dritte und vierte Viertel des Lieferolls sollte dann später der Preis festgesetzt werden. Die Sozialdemokraten hatten gemeinsam mit den Unabhängigen beantragt, für die erste Hälfte des Lieferolls den Preis für die To. Roggen festzusetzen auf 6300 M. und für Weizen auf 6900 M. Ausschlaggebend ist bei der Preisbestimmung der Roggenpreis. Die Vertreter der bürgerlichen Koalitionsparteien betonten bei den äußerst schwierigen Vorverhandlungen, daß der gegenwärtige Preis des Getreides, gemessen an den Produktionskosten, 10 500 Mark pro Tonne Roggen betrage. Wenn sie nur 8000 M. forderten, sei dies ein großes Entgegenkommen. Immer wieder wurden wir auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bei den bürgerlichen Parteien bestehen. Als Ergebnis der letzten Besprechung mit den bürgerlichen Parteien, woran auch Vertreter der Unabhängigen Fraktion teilnahmen, wurde dem Reichstag ein Antrag der Sozialdemokraten, der Unabhängigen, der Demokraten und des Zentrums unterbreitet, der lautet: Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen 6900 M., für Weizen 7400 Mark, für Gerste 6700 M., für Hafer 6400 M. je To. Für das zweite und dritte Drittel der Umlage setzt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage der vorgenannten Preise nach Anhörung des Ausschusses fest. Der Ausschuß besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen je fünf von dem Ausschuß des Reichsrates für Volkswirtschaft und dem Ausschuß des Reichstages für Volkswirtschaft zu wählen, fünf aus den Kreisen der Landwirtschaft und fünf aus den Kreisen der Verbraucher von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu berufen sind."

Es ist uns also gelungen, den Preis um 1100 M. pro Tonne herabzudrücken. Dieser Preis gilt anstatt für ein Viertel für ein Drittel der Umlage. Wichtig ist, daß diese Preise als Grundlage gelten, um später im Ausschuß die evtl. eingetretene Teuerung zu berechnen ist. Es ist überflüssig, noch zu betonen, daß auch dies schon eine schwere Belastung der breiten Masse des Volkes bedeutet. Unser Ziel mußte aber sein, unter den gegebenen Verhältnissen herauszuholen, was herauszuholen ist. Sonst bestand die Gefahr, daß bei der freien Wirtschaft der Brotpreis sich gegenüber dem gegenwärtigen Preis um das Vier- bis Fünffache, wenn nicht noch höher, gestiegen wäre.

Um das Agitationsbedürfnis der Kommunisten zu befriedigen, schreibt die „Rote Fahne" vom 1. Juli 1922, die Brotwucherer hätten mit Hilfe der SPD. und der USP. gesiegt. Obwohl der Preis für das zweite und dritte Drittel der Umlage noch der weiteren Festsetzung bedarf, behaupten die Kommunisten jetzt schon, wir hätten zugestimmt, daß der Brotpreis im Winter und Frühjahr auf 70 M. steige. Die sozialdemokratischen Parteien hätten die Pflicht gehabt, die Reichstagsauflösung bei dieser Gelegenheit unbedingt herbeizuführen, um den Brotwucherern das Handwerk zu legen. Soviel Worte, soviel Unsinn. Die Reichstagsauflösung kommt bei viel wichtigeren Fragen zur Entscheidung. Die beiden sozialdemokratischen Parteien konnten bei der verhältnismäßig geringen Preisdifferenz zwischen unserem Antrag 6300 M. pro To. Roggen und dem erzielten Preis von 6900 M. pro Tonne die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß bei der dann selbstverständlich eingetretenen freien Wirtschaft der Brotpreis mindestens um das Vier- bis Fünffache gestiegen wäre. Unter solchen Umständen einen Wahlkampf gegen den Brotwucher zu führen, wenn dieser tatsächlich schon eingetreten ist, müssen wir den Kommunisten überlassen.

Die Sozialdemokratie war bestrebt, zu der Umlage alle land- und forstwirtschaftlichen Besitzer heranzuziehen und zwar in dem Sinne, daß die land- und forstwirtschaftlich benutzte Fläche als Grundlage bei der Verteilung der Umlage galt. Durch die aus politischen Gründen von den Landbünden verursachte Verschleppung war es nicht möglich, diese Frage gründlich zu beraten. Die Regierung ersuchte dringend darum, in letzter Stunde keine großen Aenderungen mehr vorzunehme. Von der demokratischen Partei unter Führung des Abg. Dr. Boehne war ein Antrag gestellt, die Getreideanbaufläche bis zu 3 ha von der Umlage freizulassen. Im Ausschuß gelang es, eine Getreideanbaufläche bis zu 1½ ha freizubekommen, gegenüber der Regierungsvorlage, die nur 1 ha als Freifläche vorsah. Im Plenum wurde beschlossen, die Getreideanbaufläche bis zu 2 ha, sofern sie zu Betrieben gehören, deren Größe 10 ha nicht übersteigt, freizulassen. Es war sehr schwierig, bei den Koalitionsparteien, besonders bei dem Zentrum, für diesen Antrag Verständnis zu finden, weil im Zentrum Groß- und Kleinbesitzerin der Landwirtschaft vereinigt sind. Auch hier ist es dem Eingreifen der Sozialdemokratie zu verdanken, daß in letzter Stunde über diese Frage eine Verständigung herbeigeführt, das Gesetz endgültig verabschiedet und den Landbündlern eine Niederlage bereitet wurde.

Zum Schluß sei nochmals darauf hingewiesen, daß es der Sozialdemokratischen Partei darum zu tun war, den Wucher in der Brotversorgung zu verhindern, was gelungen ist.

Heraus aus dem Sumpf!

„Wir wollen nicht warten, bis man der Republik den Hals abschneidet"

Reichstag.

Erste Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik. Die Verantwortung der Länder. — Entweder Schutz der Republik oder Auflösung des Reichstages und Befragung des Volkswillens.

Auf dem Platz des Abg. Däumig (USP.) liegt ein beflorter Strauß roter Rosen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Präsident Loebe dem verstorbenen Abg. Däumig einen Nachruf, in dem er u. a. folgendes äußert: Kurz vor der Sitzung wurde mir die Mitteilung, daß der Abg. Däumig, den wir ja alle vor einigen Wochen hier auf seinem Platze haben zusammenbrechen sehen, in der letzten Nacht gestorben ist. Der Abg. Däumig hat eine größere parlamentarische Tätigkeit nicht entfalten können. Körperliches Leiden und andere Umstände haben ihn daran gehindert. Die wenigen Male, die er hier seine Ansichten vertreten hat, legten dar, daß seine Gedankengänge nur von einer Minderheit gekeilt wurden. Der Ernst und die Ruhe, in der er sie vortrug, weckten auch bei Andersgesinnten den Willen, ihm zuzuhören und seine Gedankengänge kennenzulernen. Er ist, das darf man wohl sagen, mitten in der Arbeit gestorben. (Die Abgeordneten hatten sich schon während der ersten Worte des Präsidenten von den Plätzen erhoben.) Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu seinen Ehren von den Plätzen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik

in Verbindung mit der ersten Lesung des **Amnestiegesetzes** und den Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen von **Selbstorganisationen**, betr. die Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zu Schadenersatz verurteilt sind und betr. die Vorgänge anläßlich der Hindenburgfeier in Königsberg sowie die Interpellation der Sozialdemokraten über **antirepublikanische Kundgebungen** vor Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an derartigen Veranstaltungen.

Präsident Loebe bittet, heute nur über die Gesetze zu sprechen, und zwar derart, daß diese am Schluß der heutigen Beratung dem Ausschuß überwiesen werden könnten, während die Beratung der Interpellationen am Donnerstag vorgenommen werden soll.

Minister des Innern, Dr. Köster:

Die Reichsregierung hat diesem Hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik zugehen lassen. Der Reichsrat hat ihn mit gewaltiger Majorität von 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Was uns in dieser Stunde nottut, **sind nicht lange Reden, sondern Handeln.** (Sehr wahr! links.) Der Reichsrat hat mit Nachdruck gearbeitet; ich bitte dieses Hohe Haus im Namen der Reichsregierung, den vorliegenden Gesetzentwurf mit der möglichsten Beschleunigung zu verabschieden. Die Materie dieses Gesetzentwurfes ist schon in zwei Verordnungen des Reichspräsidenten geregelt. Dennoch schlagen wir Ihnen vor, an Stelle der Verordnungen ein Gesetz zu schaffen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Reichsregierung ist der Meinung, daß mit den Ausnahmebestimmungen des Art. 48 der Verfassung so selten und so kurz wie möglich regiert werden soll. Dieser Gesetzentwurf ist zwar aus einem eigentlichen Notstand herausgewachsen, aber dieser Notstand ist seit Monaten wissentlich und fahrlässig vorbereitet. Wir können uns deshalb nicht begnügen, mit einem Instrument, durch das wir lediglich eine augenblickliche politische Situation meistern können, die sich in einigen Wochen wieder vollkommen geändert haben kann. Die Erfahrungen, die wir mit der Verordnung des Reichspräsidenten nach dem Morde Erzbergers gemacht haben, haben das bewiesen. **Wir brauchen dauernde Maßnahmen, durch die wir jenen Sumpfboden offenlegen,** entwässern und sanieren können, **aus dem die Ermordung Dr. Rathenaus hervorgewachsen ist,** jenen Sumpfboden, aus dem nach dem Willen einer kleinen, aber regsamen Mörderbande **neue Mordtaten, neue Erschütterungen** hervortreten sollen, wenn **wir** nicht endlich den Mut und die Verantwortung finden, das zu tun, was die Situation erfordert, was das deutsche Volk vielleicht schon längst von seiner Regierung erwartet hätte. (Sehr richtig! links.) Aus diesem Grunde finden Sie in dem Entwurf Materien behandelt, die auf den ersten Blick mit dem augenblicklichen Notstand nicht in direktem Zusammenhang stehen. **Wir wollen nicht warten, bis man der Republik den Hals abschneidet.** (Sehr richtig! links.) Wir wollen aber auch nicht in Situationen hineinschlittern, zu deren Meisterung wir von Ihnen immer neue Verordnungen, neue Gesetze verlangen müssen. Wir beginnen mit diesem Gesetzentwurf eine Sanierungsaktion unseres ganzen vergifteten öffentlichen politischen Lebens. Wir sind uns bewußt, daß diese Aufgabe in einem Lande, das von auswärtigen Kontrolleuren alle Augenblicke wieder in die furchtbarsten wirtschaftlichen und politischen Situationen hineingezogen wird, ungeheuer schwierig ist. Wir wollen sie aber durchführen; wir bitten den Reichstag, sich hinter uns zu stellen. Ueber Einzelheiten der Methode kann geredet werden, im übrigen stehen und fallen wir mit dieser Sanierungsaktion. (Beifall.)

Wir werden in diesen Tagen weitere Gesetzentwürfe vorlegen, die diese Aktion fortsetzen und vertiefen sollen, und zwar noch in dieser Tagungsperiode. Ich mache aber schon hier darauf aufmerksam, wie begrenzt die Kompetenzen sind, die das Reich im Rahmen der Verfassung hat. Das Reich hat keine Exekutive, keine Schulen, keine Universitäten, keine Gerichte. Dieses Gesetz bekommt seine Wirkung erst durch die Kraft, die ihm die Exekutive der Länder gibt. Die Sanierungsaktion wird nur gelingen, wenn die Schulen und Universitäten **mehr als bisher Pflanzstätten verfassungsmäßiger republikanischer Gesinnung werden.** (Sehr wahr! links.) **Riesengroß ist daher die Verantwortung der Länder.** Von dieser Stelle aus appelliere ich noch einmal an die Bevölkerung der Länder, im Interesse der Einheit der ganzen Sanierungsaktion, diese Verantwortung auch dann zu übernehmen, wenn sie etwas schwerer sein sollte, als die unsrige. **Es ist nun gesagt worden, dieses Gesetz sei ein Sozialistengesetz in zweiter Auflage.** Das ist falsch. Das Sozialistengesetz knebelte Gesinnungen. Mit diesem Gesetz werden aber keine Gesinnungen geknebelt. (Widerspruch rechts.) Mit diesem Gesetz wird keine Tradition verletzt. (Rufe: Doch! rechts.) Zwischenrufe des Abg. Helfferich. Stürmische Zurufe auf der linken Seite gegen Helfferich. Große Unruhe.) Dann ist gesagt worden, dieses Gesetz sei einem Rachegefühl entsprungen. Wenn wir dieses Gesetz eingebracht haben, so denken wir nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, nicht an ein paar gefährdete Persönlichkeiten, sondern nur an die Sache. Es ist nicht wichtig, daß der eine oder andere Minister lebt, wichtig aber ist, **daß das Land lebt. Dieses Land ist in Gefahr,** und die Regierung erwartet, **daß jedermann seine Pflicht tut.** (Lebh. Beifall.)

Abg. Silberschmidt (Soz).

Die Ursachen, die uns nötigen, zu der heutigen Gesetzesvorlage Stellung zu nehmen, sind außerordentlich betrübliche Erscheinungen im Leben unserer deutschen Republik, die schwer bedroht ist und durch ein Ausnahmegesetz geschützt werden soll, das gegenüber jenen Kreisen, die die Republik gefährden, also gegen rechts, angewendet werden soll. Der Gesetzentwurf richtet sich nicht gegen eine Gesinnung, sondern gegen Personen und Vereinigungen, zu deren Ziel gehört, die republikanischen Regierungen zu gefährden, ihre Mitglieder zu töten und Gewalt zeigen die republikanische Staatsform zu gebrauchen. **Es handelt sich also um ein Werk der Verteidigung der Republik, die von dunklen Mächten bekämpft wird, die den Obrigkeitsstaat wieder erstehen lassen möchten.** (Sehr richtig links!) Die Methoden, die angewandt werden, um zur absoluten Vernichtung des neuen Staatswesens zu gelangen, sind die **schimpflichsten und verwerflichsten,** umsomehr, als sie sich gegen im Dienste des republikanischen Staates stehende Personen richten. (Sehr richtig b. d. Soz.) Mit den gemeinsten Mitteln hat man die Vertreter der neuen Staatsidee in der Achtung unserer Mitmenschen herabgesetzt und gleichgestellt alle Organe, auf die man Einfluß hatte, dazu benutzt, diese Gedanken zu verbreiten und selbst die unschuldige Jugend in den Schulen mit diesem Gift und diesen Verleumdungen zu erfüllen. **Eine solche Handlungsweise zeugt von einer Gesinnung niedrigster Art; denn man muß wissen,** daß diese Verleumdungen falsch sind, was ihre Träger und Verbreiter natürlich wissen. War der Boden genug vorbereitet, dann ging man zu persönlichen Angriffen auf Leben und Gesundheit der neuen Staatsmänner über. Durch die Ermordung und Bedrohung der Personen sollte die Republik getroffen, ihr Ansehen im In- und Auslande herabgesetzt werden. Erst die Führer, dann die Republik, das ist die Tendenz, die sich in diesen Handlungen zeigt. Die Bevölkerung, welche die Republik als die richtige Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens ansieht, hat bisher eine außerordentliche Langmütigkeit und Geduld bewahrt. (Sehr richtig links!) **Nun aber ist es genug!** Mit Befriedigung stellen wir fest, daß es mit der Langmut der republikanischen Bevölkerung zu Ende ist. (Lebh. Zustimmung links.) Das ist ein gutes Zeichen von der festen Ueberzeugung der Bevölkerung, die sich die Republik auch nicht durch Meuchelmord rauben lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erziehungsarbeit der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus dem unterdrückten Persönlichkeiten des alten Obrigkeitsstaates selbständige Persönlichkeiten entwickelten, die ihr Geschick selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat enger verbündet sind als sie es mit dem früheren Obrigkeitsstaat waren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) **Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Persönlichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0001

Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befestigen und fördern will, dazu tun kann. Der Schutz der Republik muß so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Absicht vergeht, der Republik wieder nähert zu treten. Leider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatseinrichtung **ungeheuer schwer unter der Hetze der Rechtsparteien gelitten.** Der Fall der Mark seit dem Tode Rathenaus droht das am **besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die letzten ungeheuren Einwirkungen zu ungunsten unseres wirtschaftlichen Lebens zum allergrößten** Teil auf die Taten zurückführen, die dem Auslande zeigen: Der Staat an sich ist nicht genügend konsolidiert und gefestigt! Die Herren, die sich nicht mit den gegebenen Tatsachen abfinden wollen, sind es, die die große Not der letzten Tage herbeigeführt haben, genau so ist es im Innern. Wo soll die genügende Lust und Liebe am Aufbau unseres armen Landes herkommen, wenn man jeden Augenblick darauf gefaßt sein muß, daß den Wiederaufbauern von rechts in die Arme gefallen und das mit Mühe und Not Aufgebaute wieder zerstört wird. (Sehr wahr b. d. Soz.) Wenn die Arbeiterschaft immer wieder zur Abwehr und zur Verteidigung auf die Schanzen gerufen wird, so wird dadurch die industrielle Tätigkeit zwar auf Stunden unterbrochen, aber der dadurch entstehende Schaden ist nur sehr gering **gegenüber dem Unheil und Verderben, das jene über uns bringen, die fündig das Land in politische Unruhe halten und die Existenz der Republik bedrohen.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es wird hohe Zeit, daß die Republik, das moderne Staats- und Rechtsleben, dauernd gesichert werden. Die Arbeiter verabscheuen die Mittel, die brutale Gewalt im Kampfe gegen die Republik anwendet. **Sie lebt in dem Bewußtsein,** daß die sittlichen und moralischen Mittel der Republik ausreichen, um ihre Widersacher niederzukämpfen. Sollten diese aber nicht allein ausreichen und sollten in den letzten Wochen und Monaten die Mittel der brutalsten Gewalt in Uebung bleiben, dann soll man sich nicht wundern, wenn in der Arbeiterschaft der Gedanke Boden gewinnt, daß die geistigen Kampfmittel allein nicht ausreichen. Die Vertreter und Anhänger des Gewaltprinzips müssen mit den gebotenen Mitteln so in die Schranken zurückgewiesen werden, daß sie dauernd auf die bisher benutzten Kampfmittel verzichten. Wird dieses Mal wieder die Erwartung der Bevölkerung getäuscht, **dann schwindet beim Volke das Bewußtsein, daß im Kampf um die Republik die geistigen und gesetzlichen Mittel ausreichen, um der Sache des Volkes zum Siege zu verhelfen.** (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Gesetzentwurf **befriedigt uns nicht in allen Punkten.** Er geht nicht weit genug und gibt sich mit allzu vielen Kannbestimmungen ab. Der größte Mangel ist, daß der Entwurf **keine Reichsexekutive** vorsieht. Aufgabe der **Kommissionsberatungen** wird es sein, zu prüfen, ob dieser Mangel dadurch genügend ausgeglichen wird, daß man auf den guten Willen der Länder baut. Die gewerkschaftlichen und politischen Verbände, die sich zum Schutz der Republik in gemeinsamen Kundgebungen geäußert haben, können in den Bestimmungen des Gesetzentwurfs **keineswegs ausreichende Mittel zu diesem Schutz erblicken** und halten eine **erhebliche Erweiterung** für dringend geboten. Die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf und seine Verabschiedung müssen **im schnellsten Tempo** vorgenommen werden. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den gegebenen Ausschuß. **Wenn der Reichstag aber der Republik und dem Volke den Schutz verlagt dann — das muß schon heute in aller Ruhe ausgesprochen werden — hat er seine Existenzberechtigung vollkommen verloren.** (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Sollten die Verhandlungen ein derartiges Ergebnis haben, dann wird dafür Sorge getragen werden müssen, **daß Volkswille und Reichstag mehr in Einklang gebracht werden, als das bisher der Fall ist.** (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Weil** (Ztr.): Wir geben Vieles darum, wenn uns diese Vorlage erspart geblieben wäre. Aber wir müssen der rauhen Wirklichkeit Rechnung tragen und aus den gegebenen Verhältnissen mit starker Entschlossenheit die Folgerungen ableiten. Es gibt kein Wort der Entrüstung und Empörung, stark genug, um das Gebahren derjenigen Volksgenossen zu brandmarken, die das neue Staatswesen mit allen Mitteln und aller Gewaltanwendung durch Geheimorganisationen zu vernichten drohen. Das deutsche Volk müßte an sich selbst verzweifeln, wenn nicht in dieser kritischen Situation nachdrücklich die unentbehrlichen Maßnahmen ergriffen würden. Wir sind bereit, uns auf den Boden des vorliegenden Gesetzes zu stellen und sind überzeugt, daß kleine Mittel nicht gegen die ungeheuren Gefahren helfen, die durch Mörderzentralen dem Volke drohen. Der Redner macht dann gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes Bedenken geltend. Die Stellungnahme zum Amnestiegesetz und die zweckentsprechende Formulierung im einzelnen behält sich das Zentrum bei der Ausschußberatung vor.

Abg. Dr. **Petersen** (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die verfassungsmäßige demokratische Republik, den Staat, in dessen Gestalt allein der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich ist, zu schützen und zu befestigen. Das ist vor allem eine große Aufgabe der Erziehung, die von allen Beteiligten mit aller Kraft aufgenommen und weitergeführt werden muß. Wir werden deshalb mitarbeiten, mit aller Beschleunigung den Gesetzentwurf in einer Gestalt zu verabschieden, die die Lebensnotwendigkeiten des Staates mit dem liberalen Persönlichkeitsrechte der Staatsbürger, auch Achtung vor innerer Ueberzeugung und mit ursprünglichen demokratischen Grundrechten aller deutschen Bürger vereinigt.

Abg. **Düninger** (Dn.) anerkennt das Recht des Staates auf Selbsterhaltung. Die Erschütterungen der letzten Wochen erfordern besondere Maßnahmen. Die Entdeckung der Mörderzentralen, das fluchwürdige Verbrechen gegen einen hervorragenden Deutschen, machen sofortiges Eingreifen nötig. Deshalb haben wir grundsätzlich die Maßnahmen des Reichspräsidenten als berechtigt anerkannt. (Während dieser Ausführungen betritt Abg. Helfferich den Saal und wird mit großem Lärm v. d. Linken empfangen.)

Abg. **Rosenfeld** (US.): Jetzt ist die Schicksalsfrage gestellt: Monarchie oder Republik? Das deutsche Volk wird sich für die Republik entscheiden. Zwar ist die heutige kapitalistische Republik nicht unser Ideal, aber das Proletariat ist in ihr immer noch besser aufgehoben als in der Monarchie. Jetzt befindet sich die deutsche Republik in der Notwehr. Der Gesetzentwurf gibt immerhin strafrechtliche Bestimmungen, aber es ist zu befürchten, daß sie auch gegen links angewendet werden können. Unsere traurigen Erfahrungen mit der Klassenjustiz geben diesen Befürchtungen den Boden. Für die Arbeiter, auch für die Urheber des Eisenbahnerstreiks, fordern wir weitgehendste Amnestie. Wenn der Gesetzentwurf nicht grundlegend geändert wird, können wir ihm nicht zustimmen. Wir verlangen die völlige Republikanisierung des Beamtentums und der Reichswehr und einen Reichswehrminister, der aus dieser Reichswehr ein Instrument der Republik macht. Es muß ein Verbot der monarchistischen Farben und Fahnen, namentlich der schwarz-weiß-roten Mörderfahne, erlassen werden. Die monarchistischen Embleme müssen überall verschwinden. Die Vorlage richtet sich gegen die Mörder Rathenaus, und die Anstifter für solche Mordtaten, und nicht gegen geistige und politische Bewegungen. (Beifall b. d. US.)

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vp.): Wir treten an den Gesetzentwurf heran mit der grundsätzlichen Bereitschaft, an ihm mitzuarbeiten und ihn, wenn möglich, zur Verabschiedung zu verhelfen. Aber wenn wir auch lebhaft bedauern, daß die alte Reichsfahne abgeschafft ist, so sind wir durchaus damit einverstanden, daß die heutige Reichsflagge geschützt wird gegen Beschimpfungen und Verabwürdigungen. Die schwarz-rot-goldene Fahne hat ihre geschichtliche Tradition, sie bing mit Bestrebungen zusammen, die später Bismarck die Möglichkeit gaben, durch seine Realpolitik der Vollstrecker dieser Bestrebungen zu werden. Diese Fahne in die Parteikämpfe herabzuziehen, liegt keine Veranlassung vor, auch für diejenigen, die tief bedauern, daß wir nicht bei den alten Farben geblieben sind. (Sehr wahr!) Zwei Gedankenzusammenhänge müssen in der ganzen Politik aus unserm Leben verschwinden, wenn die Quelle der gegenwärtigen Einstellung verschwinden soll, einmal der Kampf um die Vergangenheit überhaupt, und zweitens, wie ich gegenüber der Kritik der äußersten Rechten betone, **die Ungerechtigkeit, diejenigen die heute Träger des Staates sind, verantwortlich machen zu wollen für die Not und das Elend des deutschen Volkes.** Ich habe der Politik Erzbergers kritisch und ablehnend gegenübergestanden, aber **die Agitation gegen die Person Erzbergers überstieg alle Grenzen.** (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit.) So ist es auch bei anderen Personen gewesen. Es wird jeweils eine bestimmte Person in den Brennpunkt gestellt, und aller Haß und alle Leidenschaft auf sie konzentriert. Helfen wir uns jeder Einzelne, den Kampf gegen Gedanken und Personen zu konzentrieren. Wenn wir auch bereit sind, die Republik gegen Gewalttaten zu schützen, so muß ich doch dem Ausdruck geben, daß eine ganze Reihe von Bestimmungen des Gesetzes einen Eingriff in den Gedanken der Gerechtigkeit und Gleichheit bedeuten, den wir nicht mitmachen können. Ich halte für nicht richtig, daß die Berufung der Besitzer des Staatsgerichtshofes nach der Parteizugehörigkeit erfolgt. Gewiß muß die Verächtlichmachung der Staatsform geschützt werden, aber wir können keinen Grundsatz der bürgerlichen Freiheit und Gerechtigkeit opfern. Dieses Gesetz ist ein Ausnahmegesetz und nicht ein Gesetz zum Schutze des Staates. Wir hoffen, daß wir mit unseren Anschauungen bei der Verabschiedung des Gesetzes nicht allein stehen werden.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.): Den Verordnungen des Reichspräsidenten hat die Bayerische Volkspartei zugestimmt für den Fall, daß sie in besonders gefährdeten Zeiten notwendig und geeignet sind, den Umsturz der Staatsordnung zu verhindern. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch gegenüber dem Gesetz, das notwendig und geeignet ist, gewaltsame Aenderungen der Verfassung oder den Umsturz der Staatsform zu verhindern. Dazu sind wir bereit. Mit den Verordnungen hätte man eine Zeit lang ganz gut regieren können. Daß man nun im Eiltempo die gesetzliche Regelung anstrebt, verstehe ich nicht. Es geht nicht an, daß man Gesetzentwürfe unter den Druck der Massen faßt. (Lebh. Beifall rechts, Große Unruhe und Zurufe links.) Es muß die Gefahr beseitigt werden, daß man in der Abwehr über das Ziel hinausschießt und ein Gesetz mit einseitiger Tendenz zustande kommt. (Beifall b. d. Bayr. Vp.)

Abg. **Remmele** (Komm.): Es kommt nicht auf die Vorlage, sondern darauf an, wie das Gesetz ausgeführt wird. Wir brauchen Kontrollinstanzen und Kontrollorgane, die für die Durchführung der Gesetze Sorge tragen. Das ungenügende Amnestiegesetz kommt den Forderungen der Arbeiter nicht entgegen. Auch Max Hölz muß amnestiert werden. Wird die Amnestie nicht nach dem Beschlusse des Leipziger Gewerkschaftskongresses durchgeführt, dann ist das Gesetz für uns unannehmbar. (Beif. b. den Kommunisten.)

Damit ist die erste Lesung beendet.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik und das Amnestiegesetz gehen an den Rechtsausschuß. Nächste Sitzung heute, Donnerstag, 2 Uhr: Interpellationen über antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der Wehrmacht usw.

Schluß 8 Uhr.

Ernst Däumig †.

Ernst Däumig, der bereits vor einigen Tagen während einer Reichstagssitzung einen Schlaganfall erlitt, ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch an den Folgen eines neuen Schlaganfalles gestorben.

Däumig hat das Alter von 56 Jahren erreicht. Er war in der Partei viele Jahre als Redakteur, u. a. auch am ehemaligen „Volksblatt" in Halle, tätig. Nach der Revolution gab er die Wochenschrift „Der Arbeiterrat" heraus, gehörte in der Revolutionszeit dem Vollzugsrat Groß-Berlin an, wurde im August 1919 in die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin und im Dezember desselben Jahres vom Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gewählt. Unter seiner Führung vollzog sich in Halle die Spaltung der USP. Däumig wurde Vorsitzender der Kommunistischen Partei, mußte aber bald auf Beschluß des Ersten Kommunistischen Parteitages in Berlin infolge Meinungsverschiedenheiten den Vorsitz niederlegen. Wenige Wochen vor seinem Tode trat er dann zu jener Partei zurück, deren Taktik er noch vor wenigen Jahren verurteilte. Im Reichstag vertrat Däumig den 3. Wahlkreis.

Die Erweiterung der Reichsregierung.

Am Mittwoch mittag begannen die ersten Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der Sozialdemokratie über die Erweiterung der Reichsregierung nach links. Die Verhandlungen trugen unverbindlichen Charakter. Sie sollen im Laufe des Donnerstag fortgesetzt werden.

Nach einer Mitteilung der „Freiheit" hat die demokratische Reichstagsfraktion auch mit der Deutschen Volkspartei Fühlung genommen, um eventuell eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts zu bewerkstelligen. Daß eine solche Lösung im Augenblick für die Sozialdemokratie völlig unannehmbar wäre, braucht nicht besonders betont zu werden.

Wiedererscheinen der Berliner Arbeiterpresse.

Die „Freiheit"-Redaktion im „Vorwärts".

Die Funktionäre der Berliner Buchdrucker faßten am Mittwoch nach einer längeren Diskussion den Beschluß, die Berliner Arbeiterblätter in Zukunft wieder erscheinen zu lassen. Der „Vorwärts" ist bereits am Mittwoch abend wieder erschienen. Der Antrag, den „Textilarbeiter" gleichfalls erscheinen zu lassen, weil die Textilarbeiter in ganz Deutschland in einer Lohnbewegung stehen, wurde mit nicht allzugroßer Majorität abgelehnt.

Da die Berliner „Freiheit" in einem bürgerlichen Betrieb gedruckt wird und der Besitzer sich aus Solidarität mit andern Unternehmern weigert, die „Freiheit" herzustellen, ist die Redaktion des genannten Blattes vorläufig in die Redaktion des „Vorwärts" übergesiedelt, weil die „Freiheit" bis zur Beendigung des Streiks in der „Vorwärts"-Druckerei gedruckt werden wird.

Auf vulkanischer Erde.

Roman

von

Emmi Elert.

(16. Fortsetzung.)

Draußen vor dem Heiligenhäuschen stand er jetzt als Posten für neugierige Passanten, denen er mit höflichem Gruß den Anblick von des Lebens rauhester Wirklichkeit fernhielt. „Ich bitte die Herrschaften, nur unbehindert weiter gehen zu wollen, es ist nur einem Zigeunerweib schlecht geworden."

Plötzlich ertönte der Schrei eines neugebornen Kindes aus dem Innern der kleinen Kapelle. Der Gendarm drehte sich kurz auf dem Absatz um und warf einen Blick hinein.

„Sa — pfui Deubel!" geräuschvoll spudte er aus. — „Da kann einem ja schlecht von werden! Ist das ne Schweinerei! Pfui Deubel — das Balg — wie das aussieht!"

Der braune Mann, dem das Blut über die Augen sickerte, hielt das Neugeborne im Arm, so wie es in diesen Minuten zur Welt gekommen war, und blickte nun ratlos bald auf die wimmernde Frau, bald auf den fluchenden Gendarmen.

„Na, nu hat die Geschichte hier aber ein Ende! Nu raus mit euch Schweinen. Marsch, raus!"

„Gnädiger Herr —! Arme Frau is so krank!"

„Raus, jage ich, aufgepaßt, marsch voran!"

Wie er mit der Hand nach dem Arm des Mannes griff, wich der ihm ängstlich aus und stammelte: „Ja, ja, gehn schon!"

Hastig zog er seine Jacke aus, wickelte das Neugeborne hinein, hob das Einjährige vom Boden auf und drückte jedem der beiden älteren Kinder eins der kleinsten in den Arm. Drauf wischte er sich das sickernde Blut von den Augen fort, mit einem höhnen Seitenblick auf den Gendarm, und wandte sich nun zu der Frau, die noch immer wimselnd am Boden lag. Als er aber seine Arme unter ihre Achseln legte und sie aufzurichten suchte, da stieß sie einen markerschütternden Schrei aus. Erschrocken ließ er sie zurückfallen und warf einen zornigen Blick auf den Beamten.

„Na — wird's bald? Allons! Voran gemacht!"

Mit Aufwendung aller Kraft hob der schwächliche Mann die Wöchnerin jetzt an Oberkörper und Beinen gleichzeitig vom Boden auf, packte sie fest in seine Arme und richtete sich mit der schweren Last mühsam aus der knieenden Stellung in die Höhe. In stolpernder Hast strebte er damit dem Ausgang zu. An der einen Seite klammerte sich der Junge mit dem einjährigen Kinde an den herunterhängenden Rock der Mutter, an der anderen Seite der noch kleinere mit dem Neugeborenen.

Der Gendarm beschloß den Zug, wischte sich den Schweiß von der Stirn und brummte dabei: „Bei Gott — das war ne Strawatz! Da muß man en Schnaps drauf trinken!"

Mit vorgebeugten Köpfen, die Augen unverwandt auf die wunderliche Gruppe gerichtet, trotteten die Jungens hinterdrein.

* * *

Ueber dem Kratersessel Klinzigs stand die Septembersonne in ihrem fahlen, warmen Strahlenglanze. Unter den hundertjährigen alten Kastanien, die jetzt den Kurpark bilden, wurde es schon herbstlich, trotz der warmen Luft und des lachenden Himmels im klaren Blau. Auf Tische und Bänke klebte der nebelfeuchte Morgen schon verstreute Blätter, und mißgestaltete kleine braune Nüsse, die ihrer grünen Hülle zu früh entsprangen, prasselten hin und wieder schon von den dichten Fruchtdolden aus dem grünen Laubgewirr hernieder. Raschelnd bewegte sich eine dünne Schicht welker, dürrer Blätter unter den Füßen der Spaziergänger, und der alte Gärtner hatte seine liebe Not, des Morgens bis zum Frühkonzert das gefallene Laub aus den Anlagen zu schaffen, das über Nacht gefallen war.

Die Schar der Sommergäste hatte sich heute, am letzten Ferientage, merklich gelichtet — die bunten Sommervögel zogen wieder heimwärts. Schweren Herzens wurde Abschied genommen von all den trauten Plätzen, all den schattigen Wegen, von mancher schnell und doch innig geschlossenen Freundschaft, von den Pensionsgenossen und den freundlichen Wirtsleuten. „Adieu — adieu —! Bis nächstes Jahr! Auf Wiedersehen!" Ein Händeschütteln — ein Winken — noch ein Tücherschwenken — und fort rollt der Wagen auf der Lindenallee der Mosel zu. — Vorbei — vorbei, schöner Sommertraum! Morgen beginnt wieder der Ernst der Wirklichkeit in der Tretmühle des täglichen Lebens.

In acht Tagen schon war Schluß der Saison; dann zog auch die Musik von dannen.

Die hochbusige Lina stand mit einem der böhmischen Musikanten von der Kurkapelle im Kastanienpark, der nur noch wenig besucht war.

„Et is schade, dat du fortmachst, den Winter is et doch ganz lustig hier," sagte sie, während sie das Servierbrett gegen die Kniee schlenkerte.

„I bitt schön, i geh mit gern, weil d' so a lieb's Gschterl bist!" Verliebt schaute er sie an. „E nu — im Winter behilft mer sich als so! Aber nächst Jahr kommst de doch wieder uf Klinzig?"

„Freilich, mein Schatzerl!"

Zum Abschied mochten sie sich noch mancherlei anzuvertrauen haben, denn hinter den Büschen verschwanden sie.

Ein Herr und eine Dame kamen die Allee entlang gegangen.

„Haben Sie sich auch schon das Zigeunerlager angesehn?" fragte sie ihren Begleiter, denselben, der gestern am Heiligenhäuschen die Jungens zu vertreiben suchte.

„Die waren ja heute früh schon vor Tag und Tag verschwunden, gnädiges Fräulein. Uebrigens habe ich gestern auch ein solches Stück Realistik von diesem Volksleben geschaut, daß ich eigentlich von ihrer Originalität gerade genug hatte."

„Ach, ich habe mir gestern ihr Lager gleich angesehen. Welche Romantik liegt in diesem Volk und ihrem Leben!"

„Eine schöne Romantik, dieses arbeitsscheue Schmarotzerleben! Entzückend als Ideale, diese petztinkenden Landstreicher! Man sollte sie einfangen und in Arbeitshäuser sperren, eine Landplage sind sie, weiter nichts."

„Haben Sie denn gar kein Mitleid mit ihnen?"

„Mit ihrer systematischen Faulheit allerdings nicht, gegen die habe ich eine wohlberechtigte Aversion. Aber trotzdessen, wenn man auch eine schroffe Stellung gegen ihre Zudringlichkeit annimmt, so hat man doch kein Recht, sie geradezu grausam zu behandeln."

„Ach — ist denn das vorgekommen? In welcher Weise denn?"

„Ich kann das nicht so erzählen. Aber der Gendarm hat eine unnötige Härte gegen ein Mitglied der Bande angewandt."

„Ach ja — ich habe so etwas munkeln gehört — irgend einem oder einer von ihnen ist etwas passiert, nicht wahr?"

„Ja, einer Frau — etwas sehr Menschliches. In solcher Stunde hätte jeder Mitleid mit dem armen Weib gehabt."

Dem jungen Mädchen wurde die Wendung des Gesprächs offenbar verfänglich, deshalb suchte sie es abzulenken, indem sie das Lenchen ansprach, das eben mit einem Glas Mosel in der Hand auffallend langsam vorbeikam.

„Sie sehen ja so blaß aus, Fräulein Lenchen! Ich habe Sie auch gestern den ganzen Tag gar nicht gesehen — waren Sie krank?"

„E nu — dat hat man wohl mal!" kichelte sie plötzlich errötend.

„Bringen Sie mir ein Glas Bier," sagte der Herr.

Plötzlich erblassend, verzog sie den Mund und schluckte an dem Speichel, der ihr in der Mundhöhle sich zusammenzog. Bier — wenn sie daran nur dachte, dnan war es immer, als wenn der Kloß ihr wieder im Halse steckte. Seit gestern morgen konnte sie das Gefühl des Ekels kaum noch mit Gewalt zurückdrängen, wenn sie das Wort Bier nur hörte; sobald sie aber den Stoff nur sah oder roch, vermochte sie gegen die physische Uebelkeit nicht mehr anzukämpfen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0002

Mit Gewehr und Handgranaten gegen Demonstranten.

Wie Arbeiter-Ausschreitungen provoziert werden.

Mit Gewehren und Handgranaten gegen demonstrierende Arbeiter. — Zahlreiche Tote und Verwundete.

Magdeburg, 5. Juli.

Am Dienstag versammelten sich die Arbeiter aus Bernburg und Umgegend zur Demonstration. Der Demonstrationszug nahm seinen Weg über Barneberg nach Sommerschenburg. In Sommerschenburg wollte eine Kommission von Beauftragten zu dem Verwalter des dortigen, dem Grafen Greifenau gehörigen Gutes gehen, um dort die Herausgabe der schwarz-weiß-roten Fahne zu fordern. Die Kommission hatte kaum den Gutshof betreten, als sie vom Schloß aus beschossen wurden. Zwei Schwerverletzte fielen. Die Menge stürmte fluchtartig zurück. Vom Turm aus wurde in die fliehende Menge gefeuert, wodurch zwei Männer verwundet und ein 13jähriger Junge getötet wurde. Abends gegen 10 Uhr ging ein einzelner Arbeiter vom Schichtwechsel am Tor des Gutshauses vorbei, um zu seiner Wohnung zu gelangen. Auf ihn wurde eine Handgranate geworfen, die ihn sofort tötete. Inzwischen hatte sich die aufs furchtbarste erregten Arbeiter gesammelt. Ein Haufen von Arbeitern hatte von einem nahegelegenen Dorfe die Gewehre eines Schützenvereins geholt. Zwischen den Arbeitern und den Schützen des Schlosses entstand ein Gefecht, in dessen Verlauf der Verwalter des Gutes und ein Flurschütze verwundet wurden. Auch auf Arbeiterseite fielen noch Verwundete und Tote. Inzwischen waren auf Aufforderung des Landrates Schutzpolizeibeamte auf Kraftwagen erschienen. Zwischen der Arbeiterschaft und der Schutzpolizei wurden durch Vermittlung des Landrates Vereinbarungen getroffen, die geeignet waren, die Ruhe wieder herzustellen. Im Laufe des Mittwochvormittag erschien plötzlich aus Helmstedt ein Zug Bergarbeiter unter kommunistischer Führung. Ein kommunistischer Redner, der gleich beim Einmarsch in Voelpke dem aufgestellten Schutzposten die Pistole weggenommen hatte, forderte auf, sich nicht an die Vereinbarungen mit der Schutzpolizei zu halten, sondern sofort zu Taten überzugehen. Die Schutzpolizei wurde entwaffnet; sie war gegen die Uebermacht wehrlos. Mit den der Schutzpolizei abgenommenen Waffen ist daraufhin von den Helmstedter Arbeitern der Gutshof in Sommerschenburg gestürmt worden. Bis jetzt sind 5 Tote und über 10 Verwundete zu verzeichnen.

Zwickau, 5. Juli.

Nach der gestrigen Demonstration in Zwickau, die zirka 70—80 000 Teilnehmer zählte, und die mustergültig verlief, kam es durch das provozierende Verhalten der Schutzpolizeibeamten zu Zusammenstößen zwischen Schupo und Demonstranten. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen kam es zu Schießereien. Die Menge stürmte das Rathaus und besetzte die Polizeihauptwache. Eine Stunde später fuhr ein mit Schupomannschaften besetztes Auto gegen die Demonstranten und eröffnete das Feuer, wobei ein Arbeiter durch Bauchschuß getötet und ein Schupobeamter durch Kopfschuß schwer verletzt wurde. Hierauf belagerte die Menge die Kaserne der Schupo und versuchte, sie zu stürmen. Dabei kam es zu einem längeren Gefecht, das die ganze Nacht anhielt, wobei Maschinengewehre und Handgranaten gebraucht wurden. Die Lage war am Mittwoch insofern geklärt, als der Aktionsausschuß, bestehend aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, eine Arbeiterwehr organisiert hat, die dem Treiben dunkler Elemente entgegentritt. Die Gesamtverluste sind nach den bisher vorliegenden Berichten 5 Tote und 37 Schwer- bzw. Leichtverwundete.

Dortmund, 5. Juni.

In Dortmund kam es nach der gestrigen Demonstration zu kleinen Ausschreitungen. Die Polizei schritt wiederholt mit blanker Waffe ein. Die Demonstrationen selbst verliefen ruhig. Sie wiesen eine größere Beteiligung auf als am vergangenen Dienstag. Nach der Demonstrationsversammlung bildeten sich in der Stadt Gruppen, die kleinere und größere Ausschreitungen unternahmen. U. a. wurde ein kleineres Waffengeschäft geplündert und schwarz-weiß-rote Fahnenstangen abgebrochen. Die Polizei ging dann gegen diese Gruppen vor, um sie aus der inneren Stadt zu vertreiben. Dabei kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Von den Demonstranten wurde mit Steinwürfen entgegnet. Ein Teil der Beamten wurde dadurch schwer verletzt. Auch einige Schüsse wurden aus der Menge abgegeben, ohne jemand zu verletzen. Gegen 11 Uhr abends trat wieder Ruhe ein. Während ein Teil der Schupobeamten in Ruhe und Besonnenheit ihr Amt ausführten, trugen andere ein geradezu sinnlos nervöses Wesen zur Schau und verschärften somit die Lage. Die Zahl der Verletzten ist vorläufig noch unbekannt.

•

Die vorliegenden Ergebnisse sind, so sehr man sie auch bedauern muß, als Ausfluß der ungeheuren Erregung zu werten, in die die Arbeiterschaft infolge der maßlosen Provokationen von rechts, die schließlich durch Mordtaten gekrönt waren, kommen mußte. Es muß diesmal auf alle Fälle verhindert werden, daß den Demonstranten, die von außen gereizt, über die Stränge gehauen haben, von unserer vorzeitlichen Justiz der Prozeß gemacht wird.

2 Millionen Kopfprämie

auf die Ergreifung der Mörder Erzbergers und Rathenaus.

Wie wir erfahren, wird auf die Ergreifung der Erzberger- und Rathenaumörder von der Reichsregierung eine weitere Million Kopfprämie ausgesetzt werden. Damit werden also insgesamt auf die Ergreifung der Täter 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen die privaten Geldsammlungen, die gleichfalls bereits eine zufriedenstellende Höhe erreicht haben.

Aus der thüringischen Mörderzentrale.

Ein Postbeamter als Vorsitzender.

Erfurt, 6. Juli. Die Thür. Allg. Ztg. meldet aus Gera: Bei einer Haussuchung beim deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund wurden eine Anzahl sehr kompromittierender Schriftstücke vorgefunden und der Vorsitzende des Bundes, Oberpostsekretär Faschhauer verhaftet. Bis jetzt wurde festgestellt, daß Gera die Zentrale für Thüringen war. Ferner hat sich aus den vorgefundenen Schriftstücken ergeben, daß früher hochgestellte Persönlichkeiten das Unternehmen finanziell unterstützten.

Ein Mordhelfer?

Düsseldorf, 6. Juli. Der im Zusammenhang mit dem Rathenaumord verhaftete Praktikant Kauertz ist gestern auf Ersuchen des Oberreichsanwaltes am Staatsgerichtshof nach Berlin übergeführt worden. Er kommt nicht als Mörder in Betracht, doch besteht starker Verdacht der Begünstigung.

Gegen die Schamlosigkeit der Reaktion an den Hochschulen.

Der Verband der sozialistischen und kommunistischen Studentenvereinigungen Deutschlands und Oesterreichs hat an die Reichsregierung und preußische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem dringend ersucht wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dem schamlosen Treiben der Reaktion, die sich auf den deutschen Universitäten breit macht, wirksam entgegenzutreten. Insbesondere wird die sofortige Aufhebung des Verbotes kommunistischer Studentengruppen an der Universität Berlin gefordert.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Schlesien.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Provinz Niederschlesien und in den jeweils nicht mehr besetzten Teilen der Provinz Oberschlesien folgende Verordnung erlassen:

„§ 1. Der Artikel 114 der Verfassung des Deutschen Reiches wird vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Der preußische Minister des Innern oder die von ihm bestimmten Stellen werden ermächtigt, die nach § 1 zulässigen Maßnahmen zu treffen.

§ 3. Auf Beschränkungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 — Reichsgesetzblatt S. 1329 — mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle des Reichsmilitärgerichts der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 — Reichsgesetzblatt S. 521 — gebildete Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik tritt.

Die Beschwerde über eine Beschränkung der persönlichen Freiheit ist bei derjenigen Stelle einzulegen, die die angefochtene Maßnahme getroffen hat.

Ist die Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Landeszentralbehörde selbst angeordnet, so hat sie die Beschwerde, falls sie ihr nicht abhilft, unverzüglich dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Entscheidung vorzulegen.

Ist die Beschränkung der persönlichen Freiheit durch eine nachgeordnete Behörde angeordnet, so hat sie die Beschwerde, falls sie ihr nicht abhilft, der Landeszentralbehörde vorzulegen; hilft auch diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

gez. Ebert, Reichspräsident. gez. Wirth, Reichskanzler.
gez. Köster, Reichsminister des Innern.

Die Leipziger USP für Eintritt in die Reichsregierung.

Keine gemeinsamen Aktionen mehr mit den jetzigen Führern der Kommunistischen Partei.

In Leipzig versammelten sich Dienstag abend ungefähr 1000 Funktionäre der U. S. P. und faßten folgende sehr erfreuliche Entschließung:

Die Funktionäre der U. S. P. Leipzigs billigen die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 2. Juli 1922. Sie erklären, daß unter den gegebenen Umständen durch den Eintritt in die Regierung der energische Versuch gemacht werden muß, den Bestand der Republik zu sichern und die Anschläge auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren.

Die Funktionäre sind der Ueberzeugung, daß der Kampf um die Erhaltung und die Erweiterung der Arbeiterrechte nur erfolgreich geführt werden kann, wenn das Proletariat einig und geschlossen zusammensteht. Da die Führer der K. P. D. immer wieder die gemeinsam gefaßten Beschlüsse sabotieren und dadurch die Stoßkraft der Arbeiterschaft auch in diesem wichtigen Moment schwächen, da sie zudem wiederholt und auch bei der letzten gemeinsamen Kundgebung ihr Wort gebrochen und die übernommenen Verpflichtungen zum einigen Handeln bewußt verletzt haben, um ihre parteipolitischen Ziele zu verfolgen, muß es die U. S. P. ablehnen, fernerhin mit den jetzigen Führern der K. P. D. gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Die Funktionäre erwarten aber auch von der S. P. D. und den Gewerkschaften, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Erfüllung der gemeinsamen Forderungen einsetzen und endgültig mit der wiederholten Politik der Verrätereien brechen.

Stellt sich im Verlauf dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von gleicher Auffassung getragen sind und daher zu gleichem Handeln kommen, kann eine organisatorische Vereinigung desselben sicher im Wege.

Die Leipziger Entschließung bringt der Resolution folgende Betrachtung an: Die mit so überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung bekundet den Willen der Leipziger Parteifunktionäre, die Beschlüsse der Reichskonferenz anbedingt zur Durchführung zu bringen. Die Parteiorganisation von Groß-Leipzig ist die stärkste des ganzen Reiches und bildet somit eine der wichtigsten Positionen der U. S. P. Sie bekundet mit obenstehender Entschließung die Absicht, den Beschlüssen der Reichskonferenz eine starke Grundlage zu schaffen und zeigt, daß nicht nur ein großer Kreis der führenden Genossen, sondern auch die Masse der Parteimitglieder angesichts der gegenwärtigen Situation den Eintritt in die Regierung als ein Gebot der Notwendigkeit erachtet. Bei den Beratungen der Parteien über die Grundlagen für den Regierungseintritt wird der Beschluß der größten Parteiorganisation nicht ohne Wirkung bleiben können.

Reparation mit englischer Kohle?

Die Reichsregierung an die Reparationskommission. — Vor neuen Verhandlungen in Paris.

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission das Ersuchen gerichtet, die rückständigen Kohlenlieferungen für Juni und Juli in englischen Kohlen entrichten zu können. Dieses Ersuchen wird durch die schlechte Lage auf dem Kohlenmarkte begründet. Die englische Kohle soll selbstverständlich auf Kosten Deutschlands von England nach Frankreich transportiert werden. Gleichzeitig hat die Reichsregierung der Reparationskommission eine Denkschrift über die Lage auf dem Kohlenmarkt überreicht. Diese Denkschrift soll die Grundlage für das neue Kohlenlieferungsprogramm bilden, das bekanntlich Mitte August in Kraft treten soll. Die Verhandlungen über das neue Programm werden in der kommenden Woche in Paris aufgenommen werden.

Englische Ueberraschung über wirtschaftliche Folgen des Rathenau-Mordes.

London, 6. Juli. Die englischen Berichte über Deutschland betrachten die durch die Ermordung Rathenaus zerrütteten, innerpolitischen Verhältnisse als neuerdings erheblich konsolidiert und beurteilen auch die Aussichten der Verhandlungen mit der Garantiekommission nicht ungünstig. Umsomehr Ueberraschung und Bedauern ruft die statistische Einschätzung der deutschen Valuta an den deutschen Börsen und die erneute panikartige Flucht der Mark hervor.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

München, 4. Juli. Der Hochverratsprozeß Leprechting nahm gestern in den späten Abendstunden einen überraschenden Ausgang. Das Volksgericht München ging über den Antrag hinaus und verurteilte Leprechting zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. — Leprechting war zweifellos ein nichtswürdiger Verräter, der es nicht verdient, in Schutz genommen zu werden. Trotzdem muß die außergewöhnliche Eile auffallen, mit der das Gericht den Prozeß zu Ende führte, um der bayerischen Regierung die Möglichkeit zu der großen Geste zu verschaffen: „Was sind wir doch für reichstreue Bürger der deutschen Republik!" Darüber wollen wir uns aber nicht täuschen: die unbedeutende Persönlichkeit des Leprechting konnte nur auf dem Boden des Kahrschen Systems groß werden. Seine Umtriebe wären von vornherein unmöglich gewesen in einem Lande, das rückhaltlos auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht. Das Zuchthausurteil an Leprechting hat seine tieferen Gründe zweifellos in der von Kahr, Dr. Heim und anderen geschaffenen Atmosphäre. Die geistigen Väter der „vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich" sind jene Männer, welche den „Rheinbundgedanken" in alter Oeffentlichkeit diskutierten und nicht der schwachsinnige Baron, der dafür ins Zuchthaus geht.

Wirtschaft.

Der Dollar 425.

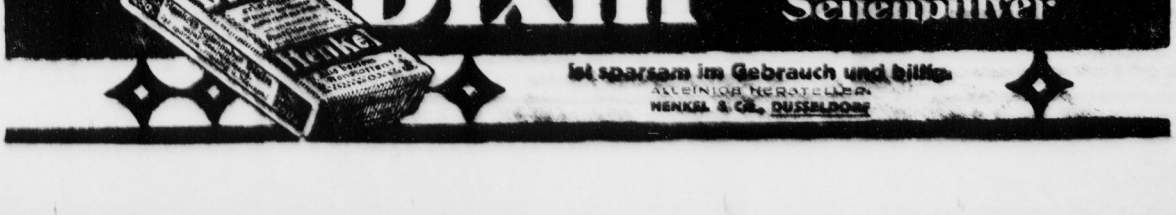
Der Wert der deutschen Mark betrug am Mittwoch abend in Amerika 0,30 Friedenspennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 425,53 Mark, während der Dollar am Mittwoch in Berlin amtlich 425,96 Geldkurs notierte.

Aus aller Welt.

Brasilianischer Putschversuch. Nach einer Havasmeldung aus Rio de Janeiro hat in der Nacht zum Mittwoch ein Putsch stattgefunden, der aber sofort unterdrückt wurde. Die Regierung, die durch den größten Teil der Land- und Seestreitkräfte unterstützt wurde, sei Herr der Lage. Die Bevölkerung habe sich ruhig verhalten. Der Verkehr in der Stadt sei normal.

Großfeuer in Hamburg. Bei dem Großfeuer in den Norddeutschen Spritwerken sind zwei Personen getötet und auch verletzt worden. Eine große Menge Sprit verbrannte oder ist durch Auslaufen vernichtet.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Karl Garde, für Provinzielles und Allgemeines: Alfred Strauß, für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0003

Madi-Theater

Freitag, den 7. Juli
Anf. 7½, Ed. v. 10 Uhr
Willis Frau
Ein heiteres Familienstück von Reimann u. Schwartz
Sonnabend
Der Zigeunerbaron

Schlafzimmer
echt Eiche und gestrichen.
Kompl. Küchen-einrichtungen
in weiß, gelb und grau, sowie **einzelne Möbel**
verkauft preiswert
Max Jungblut
Möbelgeschäft,
37 Albrechtstraße 37.
Bitte genau auf Nummer **37** achten.

Leipziger Strasse 88

Fernruf 1224.

Ab morgen Freitag, den 7. Juli

Grosses Doppelprogramm.

Das mysteriöse Filmschauspiel in 2 Teilen
— 10 Akte —

Geheimbund-Sklaven.

I. Teil: Dinge zwischen Himmel u. Erde
5 Akte.
Die äusserst geschickt aufgebaute Handlung fesselt den Beschauer vom Anfang bis zum Ende.
Vorführung: 4.55 7.05 9.20.

Das tiefergreifende Drama in 5 Kapiteln

In Wahn u. Wirren.

Der Roman einer unglücklichen Frau.
Hauptrollen: Magda Sonja, Paul Kronegg.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

U.T

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

Ab morgen Freitag, den 7. Juli

Erstaufführung!

Prinz u. Bettelknabe

Grosses Schauspiel in 6 Kapiteln.
In der Hauptrolle **Tibi Lubinski**, welcher seine Doppelrolle als Prinz und Bettelknabe mit erstaunlichem Geschick meistert. Die gut durchdachte Handlung, nach einer alten Legende bearbeitet, dürfte allgemeinen Beifall finden.
Vorführung: 4.50 7.00 9.15.

Baroneßchen auf Straflurlaub

Entzückendes Lustspiel in 3 Akten
Hauptrollen: Hanne Brinkmann, Paul Westermayer.

Aktuell! **Halle im Film.** Aktuell!
II. Teil.
Hochinteressante, kürzlich in Halle erfolgte Aufnahmen

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Portemonnaies
in Leder, billigst
Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstraße 19.

? Wo ?
kaufen Sie gut u. preiswert
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Fugenlose Trauringe
Alpaka-Handtaschen, Medaillons usw.
bei
Gottfr. Schraut
Uhrmacher.
4 Schmeerstraße 4.

Operetten-Theater.
7½ Uhr! Letzte Woche!!
Der Bombenschlager:
„Die Schöne vom Strande"
Kasse ab ½10 Uhr (Tel. 6183) ununterbr. geöffn.

Kaffee Prinz,
Naundorf bei Lauchhammer.
Empfehle den werten Kollegen meine Lokalitäten. **Felsenkeller-Lager div. Weine und Liköre** erstklassiger Firmen. Reichhaltiges **Konditorei-Büffet.** Reelle Bedienung. Billige Preise.
Es ladet ein
E. Prinz.

Gewerkschaftskartell Querfurt-Thaldorf.
Sonnabend, den 8. Juli und Sonntag, den 9. Juli im Schützenhaus zu Thaldorf
Gewerkschaftsfest.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Das Festkomitee.

Dampf-Waschanstalt Halloria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Roll- u. Naßwäsche n. Gew. u. Stück

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein
G. m. b. H.
Halle, Mittelstraße 21.

Was jeder Arbeitnehmer wissen sollte
enthält in volkstümlicher Sprache und in kurzer, übersichtlicher, handlicher Form das
Wirtschaftliche
Arbeitnehmer-Jahrbuch
1922
Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wirtschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien.
Ersetzt eine ganze kostspielige Bibliothek
Umfang 240 Seiten. Preis nur 20.00 Mk.
Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Licht-Spiele

Ab heute Täglich

3 Erstaufführungen! **Nur für Erwachsene!**

Der grosse Doppel-Spielplan.

Persönliches Auftreten

von **Walter Fermes, Vera Schreiber und Heinz Strehlen**
in dem neuesten Film-Sketsch

Der Mann mit der schwarzen Maske!

2 Film- und 2 Bühnenakte.

Ausserdem:
Der grosse Auslands-Abenteurer- und Sensations-Film aller Zeiten

Die Entführung der Millionenprinzessin

oder:

Der Todeskampf um Millionen!

Ein original-sensationelles Erlebnis voll endlosen, nervenpeitschenden bisher nicht übertroffenen Sensationen, dargestellt von den besten italienischen Film-Schauspielern
Mabel Hamilton, Florence Stanley, George Rugby, Roger usw.

5 Akte! **5 Akte!**

Ferner: Die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Kino-Lustspiele

„Er", Harold Lloyd

von der gesamten Presse als der Welt bester Filmhumorist anerkannt in seinem ersten Lustspiel

„Er" kennt in der Liebe keine Grenzen

„Er" (Harold Lloyd) bringt mit dieser neuen Lustspiel-Serie zweifellos die besten Lustspiele, welche überhaupt auf dem Kinomarkt erscheinen.
„Er" (Harold Lloyd) wird den Besuchern der C.-T.-Lichtspiele 20–25 Lustspiel-Schlager vor Augen führen.
„Er" (Harold Lloyd) wird bei jedem einzelnen seiner Lustspiele Komik, Humor und Darstellung übertreffen.
„Er" (Harold Lloyd) wird die Besucher der C.-T.-Lichtspiele mit seiner unüberbietbaren tollen und humorvollen Kunst zu erobern wissen, und sie werden ihm durch donnernde Lachsalven danken.
„Er" (Harold Lloyd) müssen Sie kennen lernen, morgen Uraufführung im L.-T. Große Ulrichstraße 51.

In Anbetracht der hohen Unkosten und der anwesenden Darsteller auf jeden Platz **zwei Mark Zuschlag.**

Ia starkbesetztes Künstler-Orchester!

Einlass 3.30 Uhr. Anfang 4.00 6.15 und 8.30 Uhr.

Tafel-Margarine	Pfund 42.75	40.75
Bratenschmalz (Kunstspeisefett)	Pfund	49.75
Limburger Käse prachtvolle reife Ware	¼ Pfund	8.50
Kunsthonig	Pfund	12.75
Malzkaffee (Kathreiner)	Pfund	15.50
Nudeln Pfund 15.00	**Grieß** Pfund	10.90
Kakao (Mosf) alter Preis	Pfund	60.00
Kakao (Berger) alter Preis	Pfund	51.00
Schokoladen, Pralinen, Tee	noch zu alt. Preisen	

Wilhelm Blos
Untere Leipziger Straße 5.
Himbeersaft, Traubensaft, Essig.

Ich suche
Herren- und Damengarderobe
Wäsche, Leihhausscheine
zu hohen Preisen zu kaufen
Frau Hirsch, Brüderstraße 3, Hausflur rechts.

Deckt Euren Bedarf an Büchern, Papier u. Schreibwaren
in **Eurer** Buchhandlung,
in der Buchhandlung der **Volksstimme**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Merseburg. Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr im **Parteibüro „Frauenversammlung".** Bericht von der Unterbezirkskonferenz. Geschäftliches. **Der Vorstand.**

Weißenfels. Donnerstag, den 6. Juli, 7½ Uhr abends, **Mitgliederversammlung** im **„Volkshaus".** Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage. 2. Bericht der Unterbezirkskonferenz Merseburg. 3. Kreistag und Wahl der Delegierten. Dem Ernst der Lage entsprechend wird zahlreicher Besuch erwartet. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Bitterfeld. Am Freitag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im **Bahnhofshotel Richter Mitgliederversammlung.** 1. Vortrag des Gen. **Lebbin** über: **„Die letzte Tagung des Prov. Landtages".** 2. Abrechnung. 3. Bezirks-Frauen-Parteitag. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. **Der Vorstand.**

Merseburg. **Ortsverein S. P. D.** Die **Vorstandssitzung mit Jugendleitern** findet nicht **Freitag, den 7. Juli,** sondern **Montag, den 10. Juli,** abends 8 Uhr im **Parteibüro** statt. **Der Vorsitzende.**

Bockwitz. **Arbeiter-Jugend.** Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, **Versammlung in Aula.**

Eisleben. **Ortsverein der S. P. D.** Morgen, **Freitag,** abds. 8 Uhr, in der **„Gambrinushalle". Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringende Notwendigkeit. Erfüllt Eure Pflicht. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiterjugend. Heute abend in allen Gruppen wichtige Veranstaltung. Jeder muß erscheinen. Der Vorstand.

Wohlfahrtsausschuß der S. P. D. Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung im Parteibüro. Tagesordnung: Ferienwanderungen, Bezirkswohlfahrtskonferenz, Auslandshilfe. Erscheinen aller Mitglieder unerläßlich.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor. Freitag abend 8 Uhr Singestunde. Es ist die letzte vor unserem Bezirkssängerfeste. Darum, Sangesbrüder, alle Mann zur Stelle! Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, den 6. Juli 1922.

Aus dem Haushaltsausschuß.

Keine Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für die Kinos. — Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Antrag auf Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für die Großkinos wurde abgelehnt. Selbst die Antragsteller gaben zu, daß der Beweggrund, der sie geleitet hatte, den Antrag zu stellen, hinfällig geworden sei, da die angedrohte Schließung der Kinos am 1. Juli nicht durchgeführt und die Kündigung der Angestellten zurückgenommen wurde.

Vom Magistrat wurde gegen den Antrag ausgeführt, daß in allen Veranstaltungen im Sommer die Besucherzahlen zurückgehen; daß aber auch weniger Unkosten zu tragen seien. Ein Großkino habe sogar im August 1921 die Höchsteinnahme zu verzeichnen gehabt. Der Besuch würde durch die Schließung der Theater während der Sommerferien erheblich gesteigert.

Durch die Erhöhung der Beamtengehälter erstehen Ausgaben von 27 488 000 M. Hiervon gehen ab für die Betriebsverwaltungen 2 798 000 M., bleiben für die allgemeine Verwaltung 24 690 000 M. Nach dem Beschluß des Reichstages in Würzburg wird der Zuschuß des Reiches etwa 18 300 000 M. betragen.

Die Stadtgemeinde wird endgültig mit 6 300 000 M. belastet. Die Gehälter sollen zunächst vorschußweise ausgezahlt werden.

Den bisher verschotenen Standpunkt, keine Ausgabe ohne Deckung zu machen, hat der Magistrat auf Grund der letzten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung fallen gelassen. Der Magistratsvertreter betonte noch einmal ganz besonders, daß er durch diese Beschlüsse in eine große Zwangslage gekommen sei. Im Herbst werden bestimmt ganz bedeutende steuerliche Forderungen gestellt werden.

Bei dieser Gelegenheit wurde noch einmal die ganze Trostlosigkeit der städtischen Finanzwirtschaft entrollt und dabei ausgeführt, daß einige Städte den Gehalt an die Beamten nicht mehr einvierteljährlich auszahlen können, sondern in monatlichen Raten zahlen müssen. Und was kommt dann —?

Eine Anregung des Magistrats, die Diäten der unbesoldeten Stadträte der beschlossenen Erhöhung der Entschädigungsgelder für die Stadtverordneten anzupassen, wurde den Fraktionsvorständen zur Vorberatung überwiesen.

Für das Sammelwerk des Provinzialwohlfahrtsamtes der Provinz Sachsen zu einem Unterstützungsfonds für die Sozial- und Kleinrentner wurden als erster Zeichnungsanteil 50 000 M. bewilligt.

Dem Verband der Kommunalbeamten Preußens sollen 5 000 Mark für das von ihnen erworbene Erholungsheim Eulingswiese gegeben werden.

Dem gesunkenen Geldwert entsprechend, werden für das Stadtmagazin zur Deckung erfolgter Einkäufe 200 000 M. Betriebskapital bewilligt, die mit 6 Proz. verzinst werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wurde das oft gezeigte Mißtrauen einiger Betriebsverwaltungen besprochen, welches bei der Abnahme der Gebrauchsgegenstände aus dem Magazin oft hemmend auf das reibungslose Arbeiten dieses Instituts gewirkt hat. In Zukunft sollen die Großabnehmer mehr Hand in Hand mit dem Magazinverwalter arbeiten und ihnen zugeleitete „billigere" Offerten zwecks gemeinschaftlicher Prüfung dem Magazinverwalter überweisen.

„Gestrichen voll . . ."

Der immer klarer und einheitlicher zum Ausdruck kommende Wille der werktätig schaffenden Bevölkerung, die Republik und die errungenen Rechte des Proletariats gegen die reaktionären Bestrebungen zu verteidigen, hat eine überraschende Wirkung ausgeübt. Die hiesige Presse der Mörderparteien ist merklich zusammengeklappt. Die sonst so „tapfer" auftretenden Frechlinge mit dem schwarzweißroten Gänsekiel zeigen betretenes Schweigen und enthalten sich plötzlich jeder provokatorischen Schärfe.

In den verschiedensten Redaktionen sollen sich menschliche, allzumenschliche Szenen abgespielt haben. Schlotternde Angst lag besonders über den Redaktionsstuben der „Allgemeinen". An Stelle der sonst in diesen Räumen vorherrschenden Dreistigkeit und blöden Witzelei über die Republik, die Arbeiterschaft und ihre Führer, unkte dort am Dienstag aus allen Winkeln und Tintenfassern angstschlotternde Zimmerlichkeit.

In dem Bericht über den Demonstrationstag in Halle schreibt die „Allgemeine":

„. . . Die Stadt war gestern, wie das an Demonstrationstagen üblich ist, von unheimlichen Gerüchten erfüllt, die nach den schlimmen Vorfällen in Darmstadt und vielen anderen Orten allerdings nur zu begreiflich sind. In verschiedenen Betrieben, **in der Wohnung des Polizeiverwalters usw. befanden sich Posten der Schutzpolizei . . .**"

Nicht die „Stadt", sondern die Redaktionsräume der „Allgemeinen" waren „von unheimlichen Gerüchten erfüllt". Die Helden der „nationalen" und „reektionischen" Feder hatten ein gewisses Kleidungsstück gestrichen voll und flehten inständig um Schutz durch die viel verlästerten republikanischen Sicherheitspolizisten. Das böse Gewissen schlug diesen Leuten angesichts ihrer „Taten" während der verflossenen Monate wahrscheinlich so stark nach unten, daß sie keinen anderen Ausweg wußten, als voll schlotternder Angst um „Schutz und Beistand" zu bitten. Er wurde ihnen großmütig gewährt, trotzdem es dem sozialistischen Polizeidezernenten schon von vornherein klar war, daß die hallische Arbeiterschaft wohl jene Gesellen verachtet, es aber aus einem ganz bestimmten Grunde der Säuberlichkeit verschmäht, sich an ihnen zu vergreifen.

Mit welchen Mitteln diese Leute jedoch arbeiten, zeigt der scheinbar harmlos hingeschriebene Satz, daß sich in der Wohnung des Polizeiverwalters auch Posten der Schutzpolizei befunden hätten. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen und beruht auf Unwahrheit. Der hallische Polizeiverwalter ist ebenfalls ein organisierter Arbeiter. Er tritt genau so ein für den Schutz der Republik wie das am Dienstag aufmarschierte republikanische Volk, und hat es daher nur nötig, eventuell einmal Schutzmaßnahmen gegen die Elemente anzuwenden, die sich im Lager der Mörderparteien befinden. Die hämisch verbreitete Lüge der „Allgemeinen" kann an dieser Tatsache nichts ändern, sie beweist nur wieder, mit welcher Dreistigkeit und Durchtriebenheit auf dieser Seite „gearbeitet" wird.

*

Die Meldung des „Klassenkampf", daß der Führer des „Schutz- und Trutzbundes", Dr. Blümel, polizeilichen Schutz erhalten hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Wahr ist, daß dieser „Urgermane" und bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten den „furor teutonicus" mimende Hakenkreuzler um Schutz für sein kostbares Leben gebeitelt hat. Auch dieser Mensch hatte die Arbeiterschaft unterschätzt. Ihm wurde kein Haar gekrümmt.

Die Herren mit den schlotternden Knien und vollgestrichenen Hosen sollen ein für allemal wissen, daß die Abrechnung des Proletariats noch kommt! Sie wird aber anders aussehen, als jene in ihren Angstzuständen es sich erträumen.

Doch Auflösung des Stahlhelms!

Die „Allgemeine" läßt sich, wie sie in ihrer gestrigen Abendausgabe schreibt, von „zuständiger Stelle" berichten, daß von einer Auflösung des Stahlhelms für die Provinz Sachsen, „amtlich nichts bekannt" sei. Die Notiz zeigt, wie leichtfertig man auf jener Seite mit dem Begriff „amtlich" umherwirft. Denn die amtlichen Stellen waren gestern schon von dem Verbot unterrichtet. Die Meldung war lediglich noch nicht genug weitergetragen worden und noch nicht bei den bewährten „amtlichen" Stellen der „Allgemeinen" gelandet. Ob sich diese „amtlichen" Stellen der „Allgemeinen" bei den diversen Pförtner- und Scheuerfrauen irgendwelcher höheren Polizeibeamten, oder aber bei diesen selbst befinden, konnten wir bis zur Stunde noch nicht feststellen.

Es bleibt schon dabei: Der Stahlhelm ist für die Provinz Sachsen verboten und wird aufgelöst! Unsere Genossen mögen überall dementsprechend handeln!

Betriebsräte-Vollversammlung

Freitag, den 7. Juli 1922, abends 7½ Uhr im „Volkspark".

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gewerberats **Maul** über „Unfallgefahren im Betriebe und ihre Verhütung".
2. Bericht des Vollzugsrats über das verflossene Geschäftsjahr.
3. Betriebsrätefragen.

Sämtliche freigewerkschaftlichen Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, sowie Betriebsobleute müssen anwesend sein.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Schwurgericht.

„Alles hat ein Ende."

Zwei gute Freunde und Mitarb., die Bergleute Rich. Brandt aus A.-Risdorf und Herm. Kühne aus Helfta, kündigten die gegenseitigen Beziehungen, als von der Eisleber Strafkammer B. zu 3000 M. Geldstr. u. K. zu 1 J. 6 M. Gef. verurteilt werden sollte, weil K. eines Tages im Februar 1921 B's. Ruckack mit 20 großen Dynamitpatronen aus der Grube (Hermannschacht) nahm, was andere Kollegen bemerkt und gemeldet hatten u. K. den Diebstahl auf sich nahm. Dadurch wurde aus dem Vergehen ein Verbrechen, reif fürs Schwurgericht, weil sich K. bei der Ungleichheit der Strafen und weil er sich von B. statt ent- belastet fühlte und darum den Sachverhalt erklärte. Zum Ueberfluß fand man auch noch za. 40 D.-Patronenhülsen nach den Märztagen an einer Geleisesprengstelle in der Nähe von Eisleben, die ausweislich der Bücher dem B. als Drittelführer an einem einzigen Tage im Juli 1920 ausgehändigt worden waren und nur durch seine Mitwirkung in andere Hände geraten sein konnten. Der umfangreiche Zeugenapparat konnte auch so manche dunkle Stelle nicht aufklären helfen. Die wohl der Fantasie und Rachsucht entsprungenen Angaben des Hausbes. F., Wimmelburg, (der das Haus des B. kaufte und mit diesem dann infolge weiteren Wohnenbleibens usw. zerfiel) sind nicht besonders zu bewerten. — Nach vielen Stunden wird folgender Spruch der Geschworenen verkündet:

Brandt wurde der Unterschlagung und des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz schuldig befunden. Kühne der Beihilfe zu beiden Straftaten. Brandt 2 Jahre Gefängnis; Kühne ein Jahr Gefängnis; ab 6½ Monate der Untersuchungshaft. Für den Rest der Strafe 3 Jahre Bewährungsfrist; Aufhebung des Haftbefehls; sofortige Haftentlassung.

Bei Brandt wurde die beantragte Zubilligung einer Bewährungsfrist abgelehnt.

Strafkammer.

Fluchwürdiger Diebstahl.

Der „Händler" Rich. Herm. Karl Mandler aus Leipzig gestand vor Gericht, sich 17mal in erheblicheren Mengen Kupferdraht von den Telegr.-Leitungen zwischen Halle a. S. und Leipzig abgeschnitten zu haben, den er immer an den Leipziger Rohrdrahthändler Stan. Radzigewska verkaufte. Dieser soll ihm wiederholt um neue Lieferungen „angehalten", auch eine Drahtschere zum Zerkleinern geliehen haben. R., der sonst richtig Buch führt, trug gerade diese Käufe nicht ein. Er zahlte dem Diebe je nach dem Tagespreis 12—30 M. per Kilo, im Ganzen etwa 8000 M. M. wurde erwischt, als er einen Posten Draht mit dem eigenen Gespann aus seinem Versteck — einem Felde bei Diesdau — abholen wollte. Es sind etwa 30 Ztr. von M. gestohlen worden. Die Angeklagten versuchten nach Kräften einander die Hauptschuld zuzuschieben. Schließlich wird der Dieb zu 1½ J. Gef. — das ist alles!?—, der R. als gewerbsmäß. Helfer zu 1½ Jahren **Zuchthaus** verurteilt.

Ferienwanderungen.

Der Arbeiterwohlfahrtsausschuß wird auch in diesem Jahre während der großen Ferien mit den Kindern Wanderungen unternehmen. Der erste Ausflug findet voraussichtlich schon Dienstag, den 11. Juli statt.

Diejenigen Eltern, die ihre Kinder an den Wanderungen teilnehmen lassen wollen, müssen sofort Namen, Alter und Wohnung der Kinder dem Parteibüro der S. P. D., Harz 42/44, Zimmer 12, schriftlich angeben. Für genügende Aufsicht über die Kinder ist gesorgt. Zu den einzelnen Wanderungen wird noch besondere Bekanntmachung erfolgen.

Freiwillige Spenden zu den Ferienwanderungen werden im Parteibüro gern entgegengenommen.

Der Wohlfahrtsausschuß.

Aus der Statistik der Stadt Halle.

Die Beobachtung der sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge in den Großstädten ist heute mehr nötig als jemals zuvor. Vor dem Kriege sah man einen im wesentlichen nur wenig schwankenden Ablauf der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, des Zu- und Fortzugs; man sah eine außerordentliche Gleichmäßigkeit in der Gestaltung der Lebensmittelpreise und der Löhne, einen langsamen aber sicheren Aufstieg der öffentlichen Erwerbsanstalten usw. Die Erschütterungen der Kriegsjahre haben das soziale und wirtschaftliche Leben aus dem Gleichgewicht gebracht. Fast scheint es, als ob wir einem erträglichen Gleichgewichtszustand ferner denn je sind. Auf jeden Fall sind die vorkriegslichen Daten über das soziale und das wirtschaftliche Leben heute unbrauchbar. Wer einen ausreichenden Einblick in die Gestaltung der derzeitigen Verhältnisse der Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung gewinnen will, sucht deshalb neue Daten.

Für die Stadt Halle bringt das statistische Amt in seinem soeben erschienenen Vierteljahrsheft für Januar/März 1922 eine Fülle von statistischen Daten im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum des Jahres 1921 und zu dem Vorvierteljahr Oktober-Dezember 1921.

In 130 Tabellen sind, soweit wir sehen können, alle überhaupt kommunalwirtschaftlichen bemerkenswerten Vorgänge der Berichtszeit übersichtlich zur Darstellung gebracht worden.

Wir drucken zur knappsten Kennzeichnung des inhaltreichen Heftes hier die Inhaltsübersicht desselben ab.

Inhaltsübersicht.

Flächeninhalt des Stadtkreises	Tabelle 1.
Meteorologisches	Tabelle 2.
Wasserstand	Tabelle 3.

A. Bevölkerungsstatistik.

Fortgeschriebene Einwohnerzahl Tabelle 4; Eheschließungen 5—9; Legitimationen 10; Geburten 11—13; Sterbefälle 14—19; Wanderungen und Fremdenverkehr 20—27; Erkrankungen 28—31;

B. Sozialstatistik.

Städt. Arbeitsamt Tabelle 32—38; Christliche Herberge und Wanderarbeitsstätte 39; Flüchtlingsfürsorge 40; Städt. Wohnungsamt 41—44; Städt. Armenverwaltung 45—51; Städt. Jugendamt 52—61; Verein Jugendhilfe 62; Säuglingsheime 63; Städt. Säuglingsfürsorgestelle 64; Milchkühe 65; Krippen, Horte usw. 66; Schulhygienische Fürsorge 67; Ortsausschuß für Jugendpflege 68; Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung 69; Krankenkassen 70; Kriegsbeschädigten-Fürsorge 71; Kriegshinterbliebenen-Fürsorge 72; Fürsorgestelle für Lungenkranke 73; Beratungsstelle für Geschlechtskranke 74; Stadtschwesteramt 75; Gerichtshilfe 76; Fürsorgestelle für Soz.- und Kleinrentner 77; Volkskaffeehallen 78; Krieger-Sanitätskolonne 79; Schiedsgerichte 80—81; Bildung und Luftbarkeiten 82—88.

C. Wirtschaftsstatistik.

Grundbesitzwechsel 89; Bautätigkeit 90—96; Preise und Teuerungszahlen 97—103; Verkehr 104—108.

D. Verwaltungsstatistik.

Städt. Gas- und Wasserwerke 109; Städt. Elektrizitätswerk 110; Städt. Nahrungsmittel-Untersuchungsamt 111; Städt. Schlacht- und Viehhof 112—114; Städt. Straßenbahn 115; Städt. Sparkasse 116; Städt. Leihamt 117; Städt. Berufsfeuerwehr 118; Städt. Bergwerke 119; Städt. Friedhöfe 120; Städt. Straßenreinigung und Fuhrpark 121; Stadtbad 122; Städt. Solbad Wittekind 123; Städt. Zool. Garten 124; Die städtischen Arbeiter 125.

Anhang.

Kurse Hallescher Industrieaktien 126; aus der Reichsschulstatistik 127—130.

Dem Vierteljahrsheft ist eine Abhandlung über die Fehlgeburten in Halle 1919—1921 beigegeben, die als Anteil der Fehlgeburten am Total aller Geburten 15,5 Proz. ermittelt, während die Totgeburten, die bisher allein besondere Beachtung als geburtlicher Ausfall fanden, nur 3 von 100 Geburten überhaupt ausmachen. Durch die hallische Untersuchung ist zum ersten Male die ungeheure Bedeutung der Fehlgeburtenstatistik bewiesen worden.

Man sollte . . Man hätte sollen . .

oder „Hannemann, geh du voran . ."

Wo immer ein paar Leute die Köpfe zusammenstecken, und (heute mehr denn je) über alles Mögliche und Unmögliche in dieser Welt der Unzulänglichkeiten disputieren, klingt es gewiß auf einmal aus dem Gespräch im Brustton der Ueberzeugung an unser Ohr: „Man sollte . . . Man müßte eigentlich . . ." — und nun hagelt es Ratschläge, wie man regieren sollte, reformieren müßte, demonstrieren, kommunalisieren, terrorisieren und was es in unserer Periode auf „ieren" noch mehr davon gibt.

Ja, in der Tat, man müßte, man sollte eigentlich. Unendlich vieles, außerordentlich Wichtiges und geradezu Notwendiges müßte geschehen. Aber es geschieht nicht, und wißt ihr weshalb? Weil keiner selber zupackt, weil jeder denkt, er selber brauche doch nicht gerade der zu sein, der es machen sollte. Nein, das sollen eben der „man" machen: „man" sollte, „man" müßte. Dieser „Man" aber ist der windigste, feigste und faulste Geselle auf Gottes Erdboden, ein Großmaul, wie es kaum ein zweites gibt, ein Drückeberger, der sich immer auf den anderen verläßt. Und sein feindbrüder Zwillingsbruder ist nicht um ein Haar besser, das ist der, der dieses „man sollte", „man müßte" ständig im Munde führt. Solch ein „Man sollte"-Sager weiß alles und weiß alles besser, hat immer gute Ratschläge und die Hände in den Hosentaschen, wenn es was zu tun gibt. — Nur wenn es einsaßen heißt, holt er so blitzschnell hervor, greift selber zu und schreit: „Ich muß!" Er ist der Vorsichtige, der stets die andern die Kartoffeln aus der heißen Asche klauben läßt. Der wohlbekannte „Führer", der hübsch im Hintertreffen bleibt, und geht es gut — alle Ehre für sich in Anspruch nimmt; schlägt es aber fehl, verteidigt er sich mit jenem Schlauberger: Ich sagte ja nicht, ich meinte ja bloß . . . „man sollte", eigentlich „müßte man". Du trifftst ihn in der Fabrik, im Büro und auf dem Sessel des Beamten; er redet große Töne auf Katheder und Kanzel, im Betriebsrat und in der Wahlversammlung. Er ist überall und hat sich in dieser Zeit der Nöte ungezählter wie die Karnickel vermehrt, eine riesengroße Familie. Und einen Vetter hat er, der ist auch nicht viel besser. Das ist der „Man hätte sollen"-Sager, der immer erst hinterdrein zur Verstand kommt und weiß, wie mans eigentlich hätte machen müssen.

Gehe diesen beiden Kerlen aus dem Wege, wenn du irgend etwas auf dich hälst. Hat dich aber solch „man sollte"-Mann doch einmal eingefangen, und es gibt kein Entrinnen, du mußt ihn hören, so wirf ihm nur unverzagt ein „Hannemann, geh du voran" ins „Gehege seiner Zähne". Das ist wie ein Zauberwort und verschlägt ihm gleich die ganze Rede, versuch's nur mal!

Aber, aber, teurer Freund, ich fürchte, du und ich, wir beide reden uns auch gar zu gern und allzu oft mit jenem bequemen „man sollte" aus mancherlei Gewissensnöten heraus, in die uns ehrliches Mitleid und soziales Empfinden führen. Laß uns darum an unsere Brust schlagen, bekennen und geloben: ich und du, wir beide sollen und müssen, und was noch viel besser ist, wir wollen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, wird Verdis Oper „Rigoletto" wiederholt. Freitag „Willis Frau", ein heiteres Familienstück von Reimann und Schwarz, Sonnabend „Der Zigeunerbaron", Sonntag „Das Dreimäderlhaus", Montag zu Gunsten der Wohlfahrtskassen der Deutschen Bühnengenossenschaft „Die Fledermaus".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0005

Provinz und Umgebung.

Aufruf!

An alle republikanisch gesinnten Eltern und Lehrer!

Der Kontrollausschuß für den Regierungsbezirk Merseburg hat beschlossen, **sofort eine Bewegung einzuleiten zur Beseitigung aller reaktionären Elemente aus den Schulen.**

Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist es notwendig, daß alle republikanisch gesinnten Lehrer, Elternbeiräte Eltern **sofort das gesammelte Material** (1. Ueber Tragen des Stahlhelmabzeichen und Hakenkreuzes. 2. Verletzung der Gefühle der Dissidentenkinder im Deutsch, Gesangsunterricht und besonders bei Geschichtsbehandlung. 3. Schmücken der Wände mit Kriegsbildern usw. 4. Antisemitische Propaganda) **an uns einsenden müssen,** damit wir entsprechend vorgehen können.

Der Bezirkskontrollausschuß.

Alle Zuschriften in diesen Fällen sind zu richten an das Gewerkschaftskartell, Halle (S.), Harz 42—44, mit der Anschrift Bezirkskontrollausschuß.

Gehaltserhöhungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Im Anschluß an die neuen Lohnerhöhungen, die auf Grund des nunmehr von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite anerkannten Schiedsspruchs zustande gekommen sind, fanden am 4. Juli Gehaltsverhandlungen statt zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Angestellten der fünf Mitteldeutschen Braunkohlenreviere. Die Reviere heißen Halle, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld und Borna. Diese Verhandlungen führten zu einer Einigung. Es kam eine Gehaltserhöhung zustande, die sich im Rahmen der den Arbeitern gewährten Lohnerhöhungen hält.

Lohnerhöhungen im Mansfelder Bergbau.

Ueber die neuen Lohnforderungen der Mansfelder Bergarbeiterschaft fand in Halle zwischen der Direktion der Mansfeld A.-G. und den Vertretern der Arbeitnehmer Verhandlungen statt. Es erfolgte, ohne Inanspruchnahme des Schiedsgerichtes, eine Einigung auf folgender Grundlage: Es erhalten alle Vollarbeiter für den Juni eine Schichtzulage von 20 Mark und für den Juli zunächst einen weiteren abschlägigen Lohnzuschuß von gleichfalls 20 Mark. Die anderen Arbeiter bekommen entsprechend weniger. Mitte Juli sollen neue Verhandlungen über die endgültige Regelung für die Julilöhnung aufgenommen werden.

Schlettau. Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes. In der Monatsversammlung am 4. Juli 1922 wurde folgende Entschließung angenommen: Wir erheben schärfsten Protest gegen die aufreizende Berichterstattung der Presse, die bei jeder neuen Regelung der Beamtenbezüge die Oeffentlichkeit gegen die Beamten und Angestellten mobil macht, sie als Schmarotzer am Volksganzen hinstellt, die die Steuerkraft des Reiches, der Länder und Gemeinden in immer höherem Maße belasten. Wie wir in Wirklichkeit bezahlt werden, zeigen folgende Tatsachen: Die Regierung zahlt im Juni den 70fachen Wert für Gold. Wir bekommen durchschnittlich das 25fache unseres Friedenssatzes, davon sind noch 10 bis 15 Prozent an Steuern abzusetzen. Seit Juni 1921 ist die Teuerung für Lebensmittel, Wohnung und Heizung um 359 Prozent gestiegen, uns zahlt man aber nur 352 Prozent mehr, also 7 Prozent weniger an Einkommen. Man hat uns nicht aufgebessert, sondern verschlechtert. Mit jeder Aufbesserung nähern wir uns dem Armenhause.

Naumburg (Saale). Das Stammtisch-Kirschfest 1922. Was nirgendwo möglich ist, das ist in Kappstadt möglich. Der Magistrat hatte erklärt, nachdem in langem Hin- und Hergerede in Deputationen und im Stadtparlament ein Gemeindebeschluß über das Kirschfest nicht zustande gekommen war, daß das Kirschfest in diesem Jahre nicht gefeiert werden könnte, da er es für unbedingt notwendig halte, daß das Kirschfest so gefeiert würde, daß die gesamte Bürgerschaft sich daran beteiligen könne. Danach wäre nach der Städteordnung die Sache erledigt gewesen. Aber was gelten dem Naumburger Spießbürger Städteordnung und Magistratsbeschluß! Der Stammtisch regiert Kappstadt. Diesmal der Stammtisch des Kirschfestausschusses beim Wenzels-Bräuer. Wenigstens versucht er es. Er will entgegen dem Magistrate ein eigenes Kirschfest, ein Naumburger Stammtisch-Kirschfest (unter den vielen Vereins-Kirschfesten eine nette Abwechselung!) am kommenden Freitag und Sonnabend feiern und ruft dazu in einer umfangreichen Anzeige im Naumburger Tageblatt auf. Wer dieser Stammtisch-Kirschfestausschuß (im Volksmunde Limonadenkommission genannt) ist, weiß jedermann, der sich halbwegs um die Kirschfestverhandlungen gekümmert hat. Es sind sogenannte waschechte Naumburger Bürger, die es nicht verwinden können, daß sie nicht dem Kirschfestzuge in Esse und Bratenrock voranmarschieren sollen. Es sind Vertreter von Interessengruppen, die Limonade, Zöpfchen und sonstige Artikel an den Mann bringen wollen. Es sind Naumburger Stadtpolitiker, die, ihrem Meister und Stadtrat Becker folgend, die Politik des Hintenherum, die Politik des schleichenden Schrittes versuchen. Sie wollen das Stammtisch-Kirschfest nicht etwa aus eigenen Mitteln bestreiten, sondern sie tun es auf Kosten der Bürgerschaft. Mit Sammellisten, die den Anschein erweckten, als habe der Magistrat sie genehmigt, haben sie den Einwohnern das Geld aus der Tasche gelockt, und mit diesem Gelde wollen sie nun ihre Würde bestreiten. Rektor Zahn, von der Marienschule, der Mitglied des Ausschusses ist, hatte seine Schülerinnen zu dem Sammelwerk aufgeboten, obwohl ihm bekannt war, wie die Stadtverwaltung zu dem Kirschfest stand, und wie die städtische Kirschfest-Deputation sich bemühte, ein einheitliches Volksfest zustande zu bringen. Ein erheiterndes Schauspiel, was da beim Wenzels-Bräuer ausgeheckt ist! — Und wie stellen sich die Gewerkschaften, die sozialistischen Parteien dazu? Sie werden dem Bäckerdutzend um Steinbach und Bartholomae nicht nachtrotten. Für sie existiert dieses Stammtisch-Kirschfest nicht. Sie werden, falls die ernsten Zeiten sich aufhellen, ihren Kindern ein eigenes Kirschfest zu bescheren wissen, nicht als Trutz-Kirschfest gegen den Magistrat (sie wissen, was Disziplin ist), sondern als Kinderfest für die in diesem Jahre baß enttäuschten Kindergemüter. Im Buchholz, unter grünen Bäumen. Aber nur, wenn der Ernst der Zeit es gestattet. — Was die Stadtverwaltung tun wird, ist uns nicht zweifelhaft. Sie wird den Stammtischleuten aus der Wenzelsstraße weder die Vogelwiese noch die städtischen Zelte freigeben. Sie wird auch den Umzug nicht gestatten, denn die Schüsse auf Rathenau sind noch lange nicht verhallt, und sein Blut dampft heiß über Deutschland. Es könnten Dinge geschehen bei solchem Umzuge, die geeignet wären, Naumburg aufs neue in Verruf zu bringen. Der Kirschfest-Ausschuß (Limonadenkommission) soll die eingesammelten Gelder schleunig zurückgeben. Er hat sie voreilig eingetrieben, und die Bürger haben sie gespendet für das allgemeine Naumburger Kirschfest, nicht für das Stammtisch-Kirschfest einer kleinen eigensinnigen Gruppe.

Weißenfels. Wuchtige Demonstration für die Erhaltung der Republik und die Forderungen der Arbeiter. Die Demonstration am Dienstag übertraf bei weitem die vorangegangenen. Mehr als 7000 Personen versammelten sich um 3 Uhr nachmittags auf dem Marktplatz. Vom Balkon des Rathauses sprachen die Redner zu den Massen. Einmütig trat der entschlossene Wille für Erhaltung der Republik und der aufgestellten Forderungen zutage. Die Stadtkapelle gab durch einige Musikstücke die stimmungsvolle Weihe. Der darauffolgende Umzug bewegte sich in musterhafter Ordnung durch die Straßen der Stadt und endete auf dem Neumarkt. An dem Umzuge beteiligte sich eine Abordnung der auf dem Schlosse stationierten „Schupo“ unter dem Banner der Republik, welche mit lautem Jubel empfangen wurde. So müssen die Führer der „Schupo“ auch hinter ihren Mannschaften stehen, wie diese Abordnung zur Arbeiterschaft im Kampfe für die Republik. Die meisten Ladengeschäfte hatten geschlossen. Der Tag verlief ohne Zwischenfälle. Die Arbeiterschaft zeigte tadellose Disziplin und das ist recht so.

Weißenfels. Achtung Elternbeiräte! Freitag, den 7. Juli, abends ½8 Uhr findet im Stadttheater eine wichtige gemeinschaftliche Sitzung aller Elternbeiräte statt. Erscheinen aller ist notwendig.

Hornburg. Im nahen Tannenwalde fand man den Zimmermann Chr. Borchers von hier erhängt auf. Lebensüberdruß wird als Ursache angenommen.

Kelbra. Demonstrationsumzug. Die Beteiligung war gut. Unter dem Gesange der Internationale zog man nach dem Marktplatz, wo Jugendgenosse Rößler eine Ansprache an die Teilnehmer hielt. Was uns besonders auffiel, war das gänzliche Versagen des Bürgertums, soweit es ehrliche republikanische Gesinnung hat, an den Demonstrationsumzügen.

— Grasverkäufe. Die letzten hier in Kelbra stattgefundenen Grasverkäufe brachten hohe Verkaufspreise. In verschiedenen Fällen wurde der halbe Morgen mit 1000 Mk. bezahlt. Am Dienstag aber wurde dieser Satz in unerhörter Weise überschritten, wurde doch vielfach der Morgen mit 5000 Mark, bei dem Verkauf von 40 Morgen Privatwiesen am Karnwege sogar einer mit 7000 Mark bezahlt. Die Preistreiber waren eine große Anzahl auswärtiger Käufer.

Liebenwerda. Demonstration. Um 1 Uhr trafen sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Schützenhaus, um von da aus im imposanten Demonstrationszug durch einige Straßen der Stadt nach dem Marktplatz zu ziehen. Hier sprachen in wirkungsvollen Worten im Sinne der aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik, Kartellvorsitzender Gen. Seehof, der Vorsitzende der KPD. Langer, der Vorsitzende der SPD. Gen. Falkmeier und der Kreiskartellvorsitzende und Betriebsräteobmann Gen. Haberland. Die aufgestellten Forderungen wurden einstimmig angenommen.

Plessa. Für die Republik. Hier versammelten sich die Arbeiterschaft der Braunkohlenwerke zu einer wuchtigen Protestversammlung. Zwar wurde der Betrieb von den Meistern, Obersteigern und einem Teil der übrigen Angestellten aufrecht erhalten, aber die Arbeiterschaft gab zu erkennen, daß sie nicht gewillt ist, sich ihre Rechte nehmen zu lassen. In der Versammlung sprachen die Kollegen Höcker (Halle) und von unserer Partei der Kollege Neßler aus Bockwitz. Während Höcker zum Teil auch noch Seitenhiebe verteilte auf unsere Partei, legte Kollege Neßler klar, daß es oftmals an den Kommunisten gelegen habe, daß viele Fragen nicht erledigt werden konnten. Am Schlusse der Versammlung machte die Arbeiterschaft einen Demonstrationszug durch das Dorf.

Zörbig. Der Demonstrationsstreik wurde hier am Dienstag nachmittag, von Außenseitern abgesehen, gut durchgeführt. Nachmittags gegen 5 Uhr setzte sich der machtvolle Demonstrationsumzug vom Schloßgarten aus in Bewegung und fand über sämtliche Hauptstraßen der Stadt auf dem Marktplatz mit einer Ansprache sein Ende. Ein Berufsmusikerkorps hatte sich dazu unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Firma Breitmeyer & Kotsch hate ihre Arbeiter, die erklärt hatten, sich am Streik beteiligen zu wollen, bereits am Vormittage ausgesperrt. (Dieses Vorgehen der Firma ist ja sehr bezeichnend!)

Falkenberg. Demonstrationsversammlung. Die am Dienstag von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien einberufene Versammlung fand auf dem Marktplatz statt. Es sprachen die Genossen Schödel, Ehrlich und Dietrich. Scharfes Vorgehen forderten alle drei Redner gegen die Reaktion. Auf dem Bahnhofsplatz wurden nochmals einige kurze Ansprachen gehalten, in denen man besonders die Amnestie für die gemaßregelten Eisenbahner forderte. Dann löste sich die Versammlung auf. Mögen vor allem die Mahnungen beachtet werden, die alle Redner vorbrachten. Die monarchistischen Kreise, besonders die „Stahlhelmbrüder“ sind genau zu beobachten. Alle verdächtigen Wahrnehmungen sind sofort der Polizei zu melden. Das gilt auch für den „Klassenkampf“. Wenn der Schreiber unter „Falkenberg“ etwas Besonderes weiß, dann soll er die Courage haben und sich an den Amtsvorsteher wenden. Wenn er weiter im „Klassenkampf“ vom 4. Juli 1922 unter „Falkenberg“ schreibt: „Was wird der Amtsvorsteher Dietrich nun veranlassen! Wird er am Sonntag zum Schützenrummel die Mörderfahne schwarz-weiß-rot entfernen lassen, wenn sie gehißt werden sollte?“ — so braucht der „Klassenkampf“ am Dienstag diese Frage nicht aufzuwerfen, denn an diesem Tage war das Schützenfest bereits vorüber. Die Polizei hatte bereits am Freitag die Anweisung erhalten, gegen schwarz-weiß-rot einzuschreiten. Ebenfalls wurden am Sonntag zwei von dieser Garnitur eingezogen.

Suhl. Unfall beim Bolzenschießen. Der etwa 39jährige Albert Volkhardt versuchte im Nimbachtale einen Raubvogel abzuschießen. Auf unerklärliche Weise flog jedoch der Schlagbolzen rückwärts aus dem Schloß, drang durch das rechte Auge in den Kopf des Schützen ein und blieb darin stecken. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht und durch einen operativen Eingriff von dem Bolzen befreit.

Mühlhausen. Mord. Am Sonntag nachmittag erschienen die Arbeiter Pfeiffer und Wingolf auf der Polizeiwache und teilten mit, daß sie soeben in der Wohnung des Arbeiters Trautwein in der Kuttelgasse mit diesem Streit gehabt hätten, in dessen Verlauf Pfeiffer dem Trautwein „eine versetzt habe, so daß dieser genug habe“. Die sofort angestellten Ermittelungen ergaben, daß Trautwein durch einen Dolchstoß schwer verletzt worden war. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod des Verletzten feststellen. Die Untersuchung hat jedoch ergeben, daß es sich um einen von langer Hand geplanten, wohlüberlegten Mord handelt.

Provinz-Chronik.

Tot aufgefunden. Das 8 Wochen alte Mädchen der Eheleute H. in Cöthen wurde von den Eltern bei der Rückkehr nach Hause tot im Bette aufgefunden. Die Todesursache ist unbekannt.

Eigenartige Selbmordursache. Die 16jährige Tochter des Grundbesitzers Pagels in Zimmendorf bei Osterburg erschoß sich, da ihr die Eltern wegen ihrer Teilnahme an einem Radfahrerfest Vorwürfe gemacht hatten.

Vom Spiel in den Tod. In einem Wasserbehälter eines Schrebergartens in Quedlinburg, der durch Drahtgitter abgedeckt war, ertrank beim Spielen der vierjährige Knabe Nehring.

Straßenraub. Auf dem Heimweg von Halberstadt nach Hedersleben wurden die beiden Hamsterfänger Hormung und Simon von ihren Fahrrädern gerissen, durch Schläge besinnungslos gemacht und beraubt. Als Täter kommen 8 junge Burschen in Frage, die bei der Staatsanwaltschaft angezeigt sind.

Bei Sobel kauft man gut u. billig Glas, Porzellan, Emaillewaren.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Stellen finden.

Junger, tüchtiger **Maschinenschreiber** wird per sofort, **Lehrling** mit Mittelschulbildung oder Reifezeugnis für Obersekunda zum 1. 10. gesucht von **Direktion der „Iduna“, Halle a. S.** Bewerbungen möglichst zunächst schriftlich.

Aeltere, erfahrene **Kupferschmiede, Schweißer und Rohrleger** stellt sofort ein **Gewerkschaft Vesta** Klein-Kayna b. Merseburg.

Aeltere, erfahrene **Dreher u. Schmiede** sofort gesucht. **Gewerkschaft Michel,** Groß-Kayna b. Merseburg.

Maurer stellt ein hier **L. Schöne, Halle a. S.** Albrechtstraße 30.

Kaufgesuche

Kaufe ständig guterhaltene **Herren-Bekleidung,** getragene und neue, Wäsche und Pfandscheine. **Hammer**, Rathausstr. 17

Vermischtes

Leder-Sport-Gürtel in 6 verschiedenen Farben 40 mm breit 85.00 Mark, 30 mm breit 65.00 Mark, **J. Rautenberg,** Leipziger Str. 87 Große Brauhausstraße.

Der große Flatow der anerkannt beste und umfangreichste **Kommentar zum Betriebsrätegesetz** ist vor kurzer Zeit in vollkommen neuer und erweiterter Auflage erschienen! Es erübrigt sich, auf die Wichtigkeit und Bedeutung dieses für die Praxis best bewährten Kommentars hinzuweisen. Wir empfehlen eine vollständige, gut kartonnierte Ausgabe zum ermäßigten Preise von **80.— Mark.** Betriebsräte und Vertrauensleute werden gebeten, für regen Umsatz bemüht zu sein, bei Mehrabnahme vergüten wir 10% Rabatt. **Buchhandlung der Volksstimme, Halle a. d. S., Große Ulrichstraße 27.**

Frauenhaare kauft bis Mk. 150.— per Kilo **Friseur Griesemann,** nur Leipziger Straße 63.

Blasenschwäche beseitigt mit glänzendem Erfolge. Täglich einlaufende Anerkennungen. Auskunft frei. Institut Neumer, Recklinghausen I. W. N. 154

Delikateß-**Mus** 1 Pfund nur **12** Mark

Echter Allgäuer **Limburger Käse** 20% Fettgehalt.

Ia Schweinsköpfe mit Fettbacke **Keine** amerikanische Ware 1 Pfund **32** Mark. **Albert Knäusel**

150.00 kosten die guten **Einsatz-Hemden** im **Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.**

Für jeden Arbeitnehmer unentbehrlich! Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer). Nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil. **Preis 5 Mk.** Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volksstimme Halle a. d. Saale.

Angeln, Angelhaken, Angelgerätschaften, empfiehlt **Albin Henze,** Schmeerstraße 24.

Möbel-Thormann liefert billigst Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen sowie alle Arten Möbel in großer Auswahl Brüderstr. 14, am Markt

Billigste Bezugsquelle von **Matratzen** 3teilig mit Keilen und Drellbezügen, m. Alpengrasfüllung, engl. Bettstellen, m. Matratze, Holz und Metallrahmen, Patentmatratzen, **Chaiselongues** m. Bezügen u. Verarb. Plüsch- u. Stoff-Sofas Klub-Sofas u. Sessel. **E. Maas,** Charlottenstraße 9. Fernsprecher 3841.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220706-17/fragment/page=0006
DFG